

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 40 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Vereinbarung. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die Lizenzsteuer.

Lizenzsteuer heißt eigentlich die Steuer, welche jemand zahlen hat für die Erlaubnis irgend ein Gewerbe treiben zu dürfen. So ist auf den Ausschank von Schnaps und den Kleinhandel mit geistigen Getränken eine ziemlich hohe Erlaubnissteuer überall gelegt.

Die dreifache Erhöhung des Schnapses beim Ausschank und Kleinhandel ist vom Reichskanzler angekündigt worden und zwar für das Königreich Preußen, wenn der deutsche Reichstag das Schnapsmonopol ablehnt. Da die letztere nun ganz sicher ist, so wird die preussische Bevölkerung für den deutschen Reichstag büßen müssen.

Und daß in einer dreifachen Erhöhung der Lizenzsteuer der Ausschanksteuer auf Schnaps eine Buße für das preussische Volk liegt, das dürfte nicht so schwer zu beweisen sein.

Um mir will man die Wirthschaft mit solcher Maßregel nicht und auch nicht den Schnapskonsum beschränken, weil dann der Zweck der Steuererhöhung nicht erfüllt würde. Die preussische Regierung braucht Geld, immer mehr Geld, die Lizenzsteuer soll nun aber die Geldquelle sein.

Man muß also schonend verfahren. Würde der Wirth ein Schnaps beim Ausschank der erhöhten Lizenzsteuer bezahlen um das Dreifache vertheuern, so würde sein Kundenschatz um viel geringer werden, damit wäre ihm und auch dem Steuerfiskus nicht gedient. Was würde nun geschehen: der Schnaps wird verschlechtert werden! Zusätze Wasser und allerlei Säuren — in Rußland nimmt man auch etwas Scheidewasser, um den Schnaps kräftig zu machen — wird man zur Schnapsverfälschung gebrauchen, und die Regierung kann in ihrem eigenen Interesse kaum eine solche Vergiftung einschreiten.

Dann aber wird diese Schnapssteuer auch abgewälzt auf die übrigen Getränke. Das Bier wird verwässert, die Wein mitvertheuert und verschlechtert. Die meisten kleineren Gewerbe verdienen aber nicht mehr, als sie nothwendig verdienen und diesen Verdienst können sie sich durch eine dreifache Lizenzsteuer nicht schmälern lassen.

Was ist nun die weitere Folge? Diejenigen Arbeiter, die auf den Wirthshausbesuch angewiesen sind, werden noch mehr demoralisirt wie jetzt durch vergifteten Schnaps, durch verweirte Bier und ungenügende Speise.

Und diejenigen Arbeiter, welche Familie haben und noch zu einem Schnaps im Wirthshaus trinken können, werden durch die Gesselligkeit wegen? Wenn sie merken, daß die Wirthshausbesuche in einem schlechteren Zustande zu haben ist, so liegt es nahe, daß eine Anzahl von ihnen sich zusammenthun und

ein größeres Faß Brantwein gemeinsam erwerben. Bei den Kasernenwohnungen, wie sie jetzt überall existiren, ist eine solche Schnapsverbindung ein leichtes.

Und hier wiederum die Folge? In die Kneipen geht der Mann nicht mehr, aber der Brantwein wird ein ständiges Haus- und Familiengetränk. Die Frau kommt in Versuchung und die Kinder erhalten ab und zu auch ihren Schluck.

Schaudert es den Anhängern der Erhöhung der Lizenzsteuer nicht bei solchen Konsequenzen?

Das Monopol ist nicht zu erlangen — es wäre auch schlimm, wenn der Realaktion durch dasselbe noch mehr Machtmittel in die Hände gegeben würden. — Die Lizenzsteuer wirkt demoralisirend. — So könnte vielleicht eine Fabriksteuer noch am leichtesten eingeführt werden. Dagegen aber sträuben sich die hoch- und edelgeborenen Schnapsbrenner, da sie die Steuer selbst nicht tragen, sondern auf das Volk abwälzen wollen.

Am besten aber wäre es, wenn die Regierung eine weise Beschränkung der Ausgaben vornähme. Daß insbesondere der Militäretat wesentlich herabgemindert würde. Dann brauchte man wegen neuer Steuern und Steuererhöhungen nicht in Verlegenheit zu sein.

Wie aber gestaltet sich die Frage der Lizenzsteuer in Preußen mit Bezug auf das Brantweinmonopol und auf das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reiche?

Der Reichskanzler hat oft genug betont, daß er durch ausreichende Reichssteuern das Reich völlig unabhängig machen wolle von den Einzelstaaten. Darauf zielte auch die Einbringung des Tabakmonopols und jetzt des Brantweinmonopols hin. Schafft der Kanzler aber für Preußen durch eine Lizenzsteuer sich die nötigen Mittel, ungestört und mit Glanz weiter regieren zu können, dann macht er die Einzelstaaten noch unabhängiger vom Reiche, als sie jetzt sind.

Schon die Polendebatte im preussischen Abgeordnetenhause hat gezeigt, daß von der preussischen Regierung und von den konservativen und nationalliberalen Parteien der Reichsgedanke mehr oder weniger zurückgedrängt wurde. Ein merkwürdiges Schauspiel, daß derselbe von der Majorität des Reichstags trotz des Bundesrats im Reichstage aufrecht erhalten werden mußte, von der Majorität, die sich aus sogenannten „Reichsfeinden“ zusammensetzte.

Armes Deutsches Reich!

Aber mehr noch, als durch die Haltung des Bundesrats und der konservativen und nationalliberalen Parteien in der preussischen Ausweisungfrage wird der Reichsgedanke geschädigt durch die angeordnete Lizenzsteuer in Preußen. Wir glauben, daß diese Drohung zunächst dem

Reichstage gilt, um ihn doch noch für das Monopol günstig zu stimmen. Mit Erfolg wohl kaum. —

Also her mit der Lizenzsteuer, wie sie geplant wird, her damit, um die unteren Schichten der preussischen Bevölkerung noch mehr zu bedrängen!

Aber zum Schlusse noch die eine Frage: Weshalb geht man mit den Steuerplänen so vorstichtig an den Großgrundbesitzern, an den Großschnapsbrennern vorbei? Auf eine ehrliche Antwort wären wir gespannt.

Politische Uebersicht.

Da das Sozialistengesetz und zwar auf die Dauer von 5 Jahren wieder verlängert werden soll, die Entscheidung aber bei den Liberalen liegt, so dürfte es am Blage sein, eine hochgeschätzte liberale Pressestimme, die „Allgemeine Zeitung“ (früher in Augsburg, jetzt in München) zu zitiren, um zu hören, wie früher der gemäßigte Liberalismus sich über das Sozialistengesetz ausgesprochen hat. Als 1878 nach dem Föderalattentat der Reichstag das vorgelegte Sozialistengesetz kurzer Hand ablehnte, meinte die „Allg. Ztg.“, daß die im Laufe der Jahre sehr herabgeminderte Bedeutung des Reichstags durch jenen verworfenen Beschluß mit einem Schläge erschütterlich gehoben worden sei. Nachdem das Rittertum Nobilitirungsgesetz in Aussicht stand, da schrieb in Nr. 159 vom 8. Juni 1878 das genannte Blatt folgende Worte: „Politische Vorsichtsmaßregeln, welche gegen kein Gesetz verstoßen, sondern vielmehr im Geiste der Gesetzgebung auszuführen sind, dürfen nicht mit jenen Maßnahmen verwechselt werden, welche, wie bei allen ähnlichen Katastrophen, so auch jetzt wieder, von der feigen Schaar der Bedientenseelen gefordert werden ... und welche nichts Geringeres anstreben, als eine vollständige Umkehr der Gesetzgebung. Als ob man, wenn ein Mensch verrückt geworden ist und in seinem Wahnsinn ein Verbrechen begangen hat, nun dafür alle Menschen in die Zwangsjacke stecken müßte! Man hat es schon versucht, weil ein Hund wüthend geworden war, alle Hundehauten anlegen zu lassen. Aber Menschen sind keine Hunde. Und selbst bei den Hunden hat, nach der Ansicht der Sachverständigen, das Zwangsmittel mehr geschadet wie genützt. Wenn daher jetzt schon wieder die feilen Stimmen von Wohlthürern den Beschluß des Reichstages über das (erste) Ausnahmengesetz gegen die Sozialisten beklagen und nach neuen Ausnahmengesetzen rufen, so haben wir Mühe in dieser ersten Stunde, den Ausdruck der Verachtung gegen dieses feige und kostlose Verlangen zurückzuhalten. Uns liegt das Wohl des Reichs-oberhauptes uneigennütziger am Herzen als jenen Trabantenn; allein wir wollen nicht, daß um eines Verbrechens willen die Unschuldigen gestraft werden sollen, daß die Nation entmannt und entehrt werden soll...“ Solche wirklich liberale Stimme verhallt natürlich bei den Pseudoliberalen im Winde.

Die Giltigkeitsdauer des Sozialistengesetzes soll nach dem dem Bundesrathe zugegangenen Antrage Preußens bis zum

Feuilleton. Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zieffe. [21]

Der Kommerzienrath war niedergeschmettert durch den unerwarteten Schlag; am Endpunkt seiner Wünsche kollabirte das stolze Gebäude seiner irdischen Träume zusammen, beschämt und verächtlich stand er vor den Trümmern desselben.

Wilson hatte ihm mit kurzen aber schneidenden Worten angedeutet, daß sie mit ihrer Tochter nach Italien abgehen sei, wo sie ihren bauern'sten Wohnsitz zu nehmen gedenkte. Seine liebeglähenden Entschuldigungsbriefe waren dem Reichthümer zurückgekommen, er kam sich trotz seiner immensen Reichthümer arm und verlassen vor.

So sah er auch an dem Morgen, welcher auf den Tag gefolgt war, an welchem Martha durch die entsetzlichen Eröffnungen des Direktors Weber in jene unheilvolle geistige Krankheit verfallen war, in seinem Privatleben. Dünne Wollen fielen auf seiner Stirn, er dachte an sein verschwundenes Glück, an seinen verlorenen und ungeliebten Sohn. Sein vergangenes Leben zog an ihm vorbei, und dieser stolze, unerbittliche Mann sah sich jetzt verurteilt, es kam ein Gefühl trostloser, bitterer Verlassenheit über ihn, er dachte daran, wie er vor vielen Jahren glückliche Stunden mit einem armen Mädchen verbracht hatte, die damals mit der ganzen Zartheit eines bescheidenen, unerschöpflichen Herzens an ihn hing. Er dachte an die Kinder, die aus diesem Verhältnis entstanden waren, und zum ersten Mal in seinem Leben überkam ihn das Gefühl der Verantwortlichkeit, er sah ein, daß ihn durch seinen verhängnisvollen, verzögerten Sohn, der jetzt Schande und Unglück auf sein Haupt geladen hatte, die Strafe für sein eigenes Verhalten ereilt hatte. Seine Gedanken wurden immer trüber, er bemerkte

es nicht, daß sein Bureaudienster eingetreten war, der angescheinlich mit ihm zu sprechen wünschte.

„Herr Kommerzienrath“, begann derselbe.

„Was giebt's?“

„Es ist ein Herr draußen mit einem Knaben, er giebt an, Sie in einer durchaus dringlichen, persönlichen Angelegenheit sprechen zu müssen!“

„Ich bin heut' nicht zu sprechen“, entgegnete der Kommerzienrath kurz.

„Ganz recht, auch ich habe den Herrn bereits darauf aufmerksam gemacht, er läßt sich jedoch nicht abweisen.“

„Nun, dann lassen Sie ihn eintreten.“

„Sehr wohl, Herr Kommerzienrath.“

Der Kommerzienrath blinnte gespannt nach der Thür, er verfarbte sich, als der Direktor Weber mit Louis eintret.

„Guten Morgen, Herr Winkler“, sagte der Direktor vertraulich.

„Guten Morgen, Weber, was giebt's?“

„Ich habe mit Ihnen zu sprechen, Sie wissen ja, daß ich mich nicht gerne mit vielen Lebensarten aufhalte. Zunächst also, hier ist Ihr Junge!“

Er ergriff Louis am Arm und schob ihn seinem Vater zu. Der Kommerzienrath machte eine Bewegung, als wollte er sich auf den Knaben stürzen. In seinem Herzen regte sich plötzlich das Vatergefühl ganz mächtig, er fühlte sich momentan sehr erleichtert, es war ihm, als könne er jetzt ein großes Unrecht wieder gut machen. Der Direktor schien das zu bemerken, er machte eine abwehrende Handbewegung und sagte dann:

„Nicht so eilig. Ich habe Ihnen noch einige Mittheilungen zu machen, die Ihnen weniger angenehm sein werden, als Ihnen dies unvermuthete Erscheinen Ihres Sohnes zu sein scheint. Ich erfuhr gestern zufällig, daß Sie auch noch im Besitz einer Tochter seien?“

„Es ist wahr, Weber“, entgegnete der Kommerzienrath, „ja, ich habe noch eine Tochter; Weber, können Sie mir das Mädchen schaffen, ich gebe Ihnen, was Sie wollen!“

Der Direktor schickte den Knaben hinaus und setzte sich dann ungenirt auf einen Stuhl.

„Hören Sie, Herr Winkler“, sagte er dann, „es ist ein entsetzliches Unglück geschehen. Ihre Tochter, die durch unsere unglücklichen Zustände auf dem Weg der Schande und des Lasters gedrängt wurde, ist gestern wahnsinnig geworden, als sie erfuhr, daß ihr Verführer und Verderber Ihr Sohn, d. h. ihr eigener Bruder war.“

„Mein Sohn hat auch mit jenem Mädchen ein Verhältnis unterhalten?“ rief der Kommerzienrath entsetzt, „o, ich unglücklicher Mensch!“

Er sank auf seinen Stuhl nieder und fing an bitterlich zu weinen. Es war ein erschütternder Anblick, dem sich selbst der Direktor Weber nicht zu entziehen vermochte diesen Mann der mit Härte und Grausamkeit sich ein enormes Vermögen zu verschaffen gewußt hatte, unter der Gewalt des tragischen Schicksals zusammen brechen zu sehen.

Der Ausbruch der Gefühle dauerte nicht allzulange. Der Kommerzienrath richtete sich auf, trat auf den Direktor zu und sagte dann:

„Weber, ich danke Ihnen herzlich für die Mittheilungen, die Sie mir gemacht haben. Ich weiß, daß ich Ihnen keinen besseren Gefallen thun kann, als wenn ich Ihnen pekuniärer Weise unter die Arme greife. Seien Sie versichert, daß das in ausgiebigem Maße geschehen wird. Mein Sohn bleibt von jetzt ab hier bei mir, ich verspreche Ihnen, daß ich denselben zu einem nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft machen werde. Für meine unglückliche Tochter wird natürlich ebenfalls gesorgt werden. Haben Sie sonst noch etwas, womit ich mich Ihnen gefällig zeigen könnte.“

„Ja“, sagte der Direktor nach einigem Besinnen, „ich habe vor einigen Jahren auch einen schlechten Streich begangen. Ich habe auf einem meiner Streifzüge einer armen Tischlerfamilie ein Kind, sozusagen, abgekauft. Es ist ein liebes, herzliches Wesen, nehmen Sie sich seiner an, und wenn Sie dann noch etwas thun wollen, unterstützen Sie auch die Familie. Sie ist es werth. Weiter möchte ich nichts.“

eine einmütige Ergebnis; gewählt wurde ein Autonomist. In den neun anderen Bezirken, wo Stichwahlen erforderlich waren, stehen mit einer Ausnahme liberal Autonomisten obenan. (Die Autonomisten erheben die vollständige Selbstverwaltung der Kommune.) Die Konservativen hatten zu diesen Wahlen wieder recht tüchtig gearbeitet.

Das Begräbnis des von den Minenarbeitern erschlagene Unterdirektors Watrin fand am 30. v. M. in Decazeville statt. Wenn es nach dem Sinne des Präsesen gegangen wäre, so hätte man die Leiche nächtlicher Weile zur Eisenbahn geschafft und in die Heimath Watrin's gebracht. Die Zentralverwaltung war aber anderer Meinung und telegraphisch die Bestattung müsse den Lokalbehörden zum Trost in Decazeville vor sich gehen, wenn man nicht den Schein der Frucht auf sich laden wolle. — Mit dem Abg. Basig, dem Agitator des Grundbesitzes Angin, ist auch der sozialistische Mitarbeiter des 'Cri du peuple', Duc-Quercy, in Decazeville. Das Journal 'Matin' bringt einen Brief des Deputierten (früheren Minenarbeiters) Basig, welcher folgendermaßen lautet: "Die Sache ist noch nicht zu Ende und wahrscheinlich wird der Streik bei der nächsten vierzehntägigen Zahlung sich wiederholen. In diesem Falle stelle ich mich zur Verfügung der Arbeiter. Gegenwärtig unternehme ich gar nichts in Decazeville, nicht einmal einen großen öffentlichen Vortrag; dagegen verleihe ich häufig mit den Delegierten. Meine Freunde und ich gebeten, die ganze Thalschicht des Avoignon zu durchstreifen und die Lage gründlich zu studiren, denn sie scheint uns Aufmerksamkeit zu verdienen."

Dänemark.

Das Kopenhagener Blatt, 'Politiken' schreibt: "Am Sonnabend, den 23. Januar, Abends, empfing der Präsident des Folketings, Herr Berg, die Mittheilung, daß das gegen ihn gefällte Urtheil am Sonntag zwischen 7 und 8 Uhr früh zur Ausführung gelangen werde. Etwa gegen 8 Uhr Morgens am 24. Januar hielt ein Wiener Wagen vor Herrn Berg's Wohnung am Frederiksholmsanal. Denselben entließ mit dem Volksschild auf dem Ueberzieher der Polizeikommissar Karsten Petersen. In Herrn Berg's Wohnung hinaufgegangen, wurde er in dessen Arbeitszimmer geführt und land denselben in Gegenwart eines seiner Söhne. Herr Petersen sagte: 'Herr Folketings-Präsident Berg, ich komme, um das am 11. Januar in der Hofkammer vor dem höchsten Gericht gefällte Urtheil zum Vollzug zu bringen. Hierauf verlas er das Urtheil und überreichte Herrn Berg dasselbe. Herr Berg verlas einen Protest. Im Hinblick auf § 67 des Grundgesetzes protestirte er als Folketings-Mitglied wie als Folketings-Präsident gegen den Urtheilsvollzug als einen Verstoß gegen das Wahlrecht seiner Wähler, gegen das Recht des Folketings auf seine von denselben gewünschte Präsidenschaft und gegen sein eigenes Recht als Folketingsmitglied. Er behielt sich gegen die das Urtheil vollziehenden Behörden Strafantrag vor. Der alsdann von Herrn Berg unterzeichnete Protest wurde von dem Polizei-Inspektor entgegengenommen und sein Empfang bestätigt. Eine praktische Wirkung hatte derselbe aber nicht. Der Polizei-Inspektor wollte weder seinen Direktor noch den 'Königlichen Vogt' zu Rathe ziehen. Herr Berg sandte hierauf seinen Protest an den ersten Vizepräsidenten des Folketings, Rechtsanwalt Högsbro, mit der gleichzeitigen Bitte um Stellvertretung in dem Folketings-Präsidium. Sodann nahm er von seiner Familie Abschied; um den Behörden den Verbrecher von Högsbro vollständig zu überliefern, nahm er als damaliger Reichs-Rat seinen Platz, seinen Regenschirm und seinen Koffer mit und stieg mit Herrn Petersen in die Droschke. Das für ihn bestimmte Gefängnis ist, 'Nordre Bezirksarresthaus'; es liegt in der Vorstadt, an Blegdamsvej. Herr Berg wurde zunächst in ein allgemeines Zimmer gesetzt; am Montag erhielt er eine geweihte Doppelzelle von ca. 1500 Kubikfuß Inhalt mit einem kleinen hoch oben angebrachten Gitterfenster. Dem Verhöl zum Urtheilsvollzug war von entscheidender Stelle die Anweisung zu unachtsamlicher Innehaltung des Hellsystems wie der gewöhnlichen Gefangenen zum hinzugefügt worden. In der Zelle befinden sich eine Schlafstätte, ein Tisch, ein Stuhl, einige Erbauungsblätter. Um 6 Uhr Morgens hat sich der Gefangene zu erheben; sofort wird die Britische gegen die Wand geschlagen, damit er sich nicht auf ihr ausruhen kann; zweimal täglich kann er mit Dieben und Räubern die Luft des Gefängnisses atmen. Zu bestimmter Abendstunde wird das Licht gelöscht. Die Kost besteht aus einem halben Liter Thee oder Bier und einem Pfund trockenen Roggenbrod um 6 Uhr früh, einem Liter flüssiger Speise (Södemad) und zehn Lohz Fleisch um 12 Uhr Mittags; Abends giebt es nichts. Kergliche Nutzwissenschaften wie Professor Panum haben diese Kost als zur Ernährung eines erwachsenen Menschen ungenügend bezeichnet. Nur auf Begehren des Gefängnisvorstehers indes von dem gefährlichen Gesundheitszustand des Gefangenen kann dieselbe geändert werden. Herr Berg empfing sofort den Besuch des Gefängnisvorstehers Dr. Fontenay; behufs Ordnung seiner privaten Angelegenheiten wurde später sein ältester Sohn zu ihm gekommen. Jeder den Gefangenen Besuchende hat sich bei dem Gefängnisdirektor Karjeirath Schouw zu melden. Seine Familien soll täglich den Zutritt erhalten, seine Freunde zu be-

stimmen Wochentagen und Tagesstunden. Herr Berg war sehr frohen Muthes und hoffte von dem sechsmonatlichen Gefängnis Besserung seiner Gesundheit, wie namentlich von der schmalen Kost einer Bananagur. Von seinem Sonntagmittagessen sparte er einen Theil für den Abend, am Montag Morgen frühstückte er sein halbes Liter Bier und trocknes Roggenbrod. Von Zeit zu Zeit will er sich weigern lassen; findet er sich sehr abgefallen, wird er bei Dr. Fontenay das für die Wiederherstellung der Gefängnisloft notwendige Zeugnis nachsuchen."

Großbritannien.

Gladiators ist nunmehr offiziell zur Königin berufen worden, um die Neubildung des Kabinetts zu übernehmen. Wie verlautet, beabsichtigt Gladiators nächst im Parlament die Landankaufs bill einzubringen, durch welche die Beilegung der englischen Landlords aus Irland herbeigeführt werden soll. Erst wenn dieses Gesetz unter Dach gebracht ist, beabsichtigt er, die sogenannte Homereuleil in Angriff zu nehmen. Die Irlander sollen mit diesem Verfahren einverstanden sein. Bemerkenswerth ist, daß Gladiators das entgegengesetzte Verfahren wie Fürst Bismarck einschlägt. Während nämlich der letztere die deutschfeindlichen Polen durch Anlauf ihrer Güter unschädlich machen will, versucht der erstere die loyalen englischen Landlords aus Irland zu entfernen.

Das Auftreten des Fürsten Bismarck im preussischen Landtage anläßlich der polnischen Frage giebt den leitenden englischen Journalen Stoff zu spaltenlangen Artikeln. So meinen die 'Times' u. A., daß die Rede des Fürsten am Donnerstag die Grenzen des unmittelbar unter Erörterung befindlichen Punktes weit überschritten habe. Ebenso sei die Sprache, die in dem letzten Theile seines Programms gebraucht worden sei, sowie der Ton im Allgemeinen, dessen er sich bei der Erläuterung seiner Ansichten bedient habe, so unendlich scharf, daß ein Zweifel gerechtfertigt sei, ob das Ganze nicht mehr bedeute, als sein gewöhnliches Trogtreiben gegen seine parlamentarischen Gegner. Seine zweite Rede trage viel dazu bei, diesen Zweifel zu beseitigen. Der 'Standard' ist derselben Meinung, indem er nach eingehender Darlegung des Sachverhalts sagt: "Wir sind geneigt zu glauben, daß Fürst Bismarck nicht so wild mit seinem Säbel gerasselt haben würde, wenn er nur Selbdebewilligungen im Sinne hatte. Jedenfalls haben sich die Dinge seit 1863 geändert."

Amerika.

Ueber den Zusammenstoß zwischen amerikanischen und mexikanischen Truppen hat der amerikanische General Crook folgende Einzelheiten nach Washington berichtet:

Das Treffen fand am 11. Januar an der Grenze von Arizona zwischen einer Abtheilung amerikanischer Kavallerie unter Kapitän Crawford und einigen mexikanischen Truppen statt. Kapitän Crawford hatte einige feindliche Indianer angegriffen, die er schon seit geraumer Zeit verfolgte. Als die Indianer schließlich mit vielen Verwundeten das Weite suchten, sandten die Truppen ein Lager, um das Ergebnis der Unterhandlungen abzuwarten. Während sie von den Mähen des Tages ausruhten, wurden sie plötzlich von einer Abtheilung mexikanischer Truppen angegriffen. Man bemühte sich, den Angreifern klar zu machen, daß das Lager ein amerikanisches und daher freundliches sei. Zu diesem Zweck schritt Kapitän Crawford mit einem Dolmetscher unter einer Parol auftritte vor, um die Sache zu erklären. Die Mexikaner empfingen aber die Räuberkommen mit einer Salvo, wobei Crawford tödtlich verwundet wurde und der Dolmetscher einen Schuß in den Arm erhielt. Die Vorhut der amerikanischen Streitkräfte erwiderte das Feuer, um die Mexikaner fern zu halten, und hierbei wurde der mexikanische Befehlshaber erschossen. Das Feuer wurde eine halbe Stunde fortgesetzt, bis es endlich gelang, sich mit dem Offizier der Mexikaner zu verständigen, der den ersten Angriff damit entschuldigte, daß die Amerikaner für eine feindliche Streitkraft angesehen worden seien. Beide Streitkräfte waren in der Verfolgung der Indianer begriffen. Die Amerikaner verloren in dem Gefecht ihren Kapitän und hatten 6 Verwundete, während die Mexikaner 6 Tode, darunter ihren Befehlshaber, und 4 Verwundete hatten.

— Die bereits im letzten Jahre begonnene Auswanderung der Neger aus dem Süden, namentlich aus Georgia, North- und South-Karolina, nach dem Südwesten und Westen der Vereinigten Staaten beginnt immer größere Dimensionen anzunehmen. Aus North-Karolina sind in den letzten Monaten allein ca. 3000 farbige Arbeiter fortgezogen und haben sich dieselben zum größten Theile nach den Staaten Arkansas und Kansas gewendet. Aber auch nach den Pazifik-Staaten, vornehmlich nach Kalifornien, wandern viele der südlichen Neger aus. In letzterem Staate finden dieselben zum größten Theile Beschäftigung in den Weinbergen, während sie in Arkansas Niederlassungen gründen und sich der Landwirtschaft und Viehzucht widmen. Die Ursache für diese Massenwanderung des farbigen Elementes aus den genannten Südstaaten dürfte darin zu suchen sein, daß daselbst w e i ß e Arbeiter und Anwesende den Negern vorgezogen werden. Man

Verste Gegenmittel verabreicht, doch schwebt sie zwischen Tod und Leben.

Ein kleines, in Thüringen vorgekommenes Geschickchen ist vielleicht erzählenswerth. Bei L. wurde im Gebölh eines Tages die Leiche eines erschossenen Waldwärters entdeckt. Die Untersuchung wurde eingeleitet, und es begab sich die Staatsanwaltschaft an den Thortort. Nach genauer Untersuchung fand sich ein Blatt aus einem Schreibheft, in welches augenscheinlich ein Frühstück vor kurzer Zeit eingewickelt war. Allen Wehrern der Umgebung wurde dies corpus delicti zur Rekonstruktion vorgelegt, bis endlich ein Lehrer in Gotha die Schrift als die einer seiner Schülerinnen erkannte. Derselbe wird vorgeführt zur Vernehmung. "Hast Du das geschrieben?" — "Ja!" — "Wem hast Du das Papier gegeben?" — "Meiner Schwester!" — Diese wird vorgelesen, da die Indizien sich mehren, weil man in der Zwischenzeit in Erfahrung bringt, daß in dem Hause ein defrastrer Diebstahl wohnt. Befragt, ob sie das Papier kenne, bejahte sie dieses. Ob sie wisse, was mit dem Papier geschähen sei, erklärte sie, daß sie ihrem Vater das Frühstück hineingewickelt habe. Dieser wird vorgeführt. "Nennen Sie dies Papier?" fragte der Staatsanwalt. "Da habe ich mein Frühstück drin eingewickelt gehabt!" — "Wo waren Sie an diesem Tage?" — "Am H.-berg (dem Thortort)." — "Wie kommen Sie in diese abgelegene Gegend?" "Alles schaut gespannt auf den vermeintlichen Uebelthäter. "Ich habe an dem Tage den Herrn Staatsanwalt hingefahren!"

Verwechselte Kopfsattel. Ein eigenhämlicher Fall ereignete sich dieser Tage im Kochspital zu Pest. Am 7. d. wurden zwei Schwerkranke, der Maschinenfranz Bengel und der Ruffischer Diongs Rathbeides ins Spital aufgenommen. Sie kamen in denselben Saal und wurden Bettnachbarn. Rathbeides' Zustand verschlimmerte sich zusehends und erlag er auch seiner Krankheit am jüngsten Freitag. Der Todte wurde in die Leichenkammer übertragen und laut dem über jedem Bett befindlichen 'Kopfsattel' als Franz Bengel in die Todtenliste eingetragen. Zugleich wurde die Gattin des Dageingeliebten von dem Ableben ihres Mannes verständigt. Die Frau trat die nötigen Verfügungen zu dem Leichenbegängnisse zu sehen. Wie erschaute sie aber, als sie statt ihres Mannes einen ihr fremden Mann bei der Spital-Direktion sofort die Anzeige erstattet, und wurde auf Grund der eingeleiteten Untersuchung konstatiert, daß eine Verwechslung der beiden Kopfsattel

behauptet, daß in dem Maße, in welchem die Auswanderung der Neger aus dem Süden zunimmt, die Einwanderung weißer Personen sowohl aus dem Norden des Landes wie aus Europa derselbst wächst. Es bleibt überdies abzuwarten, ob sich nicht bald in Kalifornien eine starke Opposition gegen diese Neger-Einwanderung geltend machen wird, da die 'Schwarzen' zu ebenso billigen Löhnen arbeiten wie die 'Gelben' (Chinesen), gegen welche die weißen Arbeiter bekanntermaßen in Folge dessen einen ausgesprochenen Haß hegen.

Kommunales.

Die Ersatzwahlen zur Stadtverordneten-Versammlung betreffend, erläßt der Magistrat folgende Bekanntmachung: Die Herren Dr. med. Straßmann und Schulvorsteher Bohm, welche von der III. Abtheilung im 27. bezw. 39. Kommunal-Wahlbezirk bis Ende 1889 als Stadtverordnete gewählt waren, sind gestorben. Zur Ausführung der dadurch notwendig gewordenen Ersatzwahlen haben wir einen Termin auf Dienstag, den 23. Februar d. J., von Vormittags 9 Uhr bis Nachmittags 6 Uhr, und zwar: a) für den 27. Wahlbezirk im Wahllokale: 23. Gemeindeschule, Straußbergerstr. 9, b) für den 39. Wahlbezirk im Wahllokale: Friedrichs-Real-Gymnasium, Albrechtsstraße 21, angelegt und laden dazu die Wahlberechtigten der betreffenden Kommunal- und Wahlbezirke der III. Abtheilung — umfassend die Stadtbezirke 152. bis 156. und 159. bezw. 216., 217., 279. bis 283. und 285. — behufs Abgabe ihrer Stimmen hierdurch ein. Denjenigen Wählern, welche ihre Wohnungen seit Ostern v. J. nicht gewechselt haben, werden zur Erleichterung der Legitimation bei der Stimmabgabe und zur Beschleunigung des Wahlfahrens besondere Karten zur Wahl zugesandt werden, um dieselben bei Abgabe der Stimmen vorzuzeigen, während denjenigen Wahlberechtigten, welche seitdem verziehen sind, anbeimgelassen wird, die für sie bestimmten Karten an einem der beiden letzten Wochentage vor der Wahl aus unserem Wahlbureau (Königliches Rathhaus, Breitestraße No. 20a. 2 Tr.) während der gewöhnlichen Büreaustunden abzuholen. — Die ohne Karten erscheinenden Wähler müssen für ihre Legitimation die Sorge tragen, sich auch bei der Zulassung zur Stimmabgabe eine Zurückstellung hinter die mit Karten Erschienenen gefallen lassen.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 4. Februar d. J., Nachmittags 5 Uhr. Zwei Naturalisationsgesuche — Wahl je eines Mitgliedes für die Schuldeputation und für die Deputation über die Verwaltung der Kanalisationswerke — Berichterstattung über die Vorlage, betr. die Beschaffung von zwei neuen Wägen für die Feuerwehr — desgl. über die Vorlage, betr. den Stadtmietten-Tarif und die Organisation der Markthallen — Vorlage, betr. die Festsetzung des Stadthaushaltsetats pro 1. April 1888/87 — desgl., betr. die Schulferien an den höheren Lehranstalten für das Jahr 1888 — desgl., betr. die Gewährung eines städtischen Ehrenpreises für die Ausstellung des deutschen Vereins für Vogelzucht und Akklimatisation 'Regina' — desgl., betr. die Sperrung des Fußgängerverkehrs in der Vorstraße zwischen Bülow- und Mollatsstraße — desgl., betr. die Erwerbung des von den Grundbesitzern Dresdenstr. 107 — 110 zur Straßenerweiterung erforderlichen Terrains — desgl., betr. die Ablösung der zu dem Brediaer- und Rüstergehalt des Heiligen Geist-Hospitals, resp. der böhmisch-reformirten Kirche zu zahlenden städtischen Zuschüsse — desgl., betr. die Anfrage von Mitgliedern der Versammlung wegen Ausstellung von Lokationen für die beiden neuangestellten Diakonen der St. Markuskirche — desgl., betr. die Pflasterung der Brücken-Allée von der Spree bis zur Stadteisenbahn — desgl., betr. die Abänderung des Gemeinde-Einkommensteuer-Regulativs — desgl., betr. die Preisliste für die durch die Aktiengesellschaft 'Städtische Elektrizitätswerke' auszuführenden Einrichtungen elektrischer Beleuchtungsanlagen — einige Rechnungen — Vorlage, betr. die Zahlung eines Gnadenquartalsgebälts — eine Unterstufungssache — eine Anstellungssache. — Außerdem, und zwar um 6 Uhr, findet unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters Dr. von Fontenay eine gemeinschaftliche Sitzung beider Gemeindebehörden statt behufs der Wahl der Mitglieder in die Bezirkskommission für die landwirthschaftliche Einkommensteuer.

Bei dem städtischen Wahlbureau sind im Laufe des Jahres 1885 an An- und Abmeldungen aus den Kreis-Bezirk-Bureaus eingegangen 663 720 Anmeldungen, 573 684 Abmeldungen, 934 Anmeldungen über Gestorbene, zusammen 1 246 838 Meldungen.

Der Vorschlag des Markthallen-Kuratoriums und des Magistrats, dem Direktor des Zentral-Vieh- und Schlachthofs, Delonomierath Hauburg, kommissarisch neben seinem jetzigen Amt die Organisation und Leitung der Markthallen zu übertragen, ist, wie die 'Post. Sig.' schreibt, von dem Prüfungsausschuss der Stadtverordnetenversammlung mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt worden. Die Gegner sind der Meinung, daß das Amt eines Direktors des städtischen Marktwesens zu wichtig sei, um als Nebenamt verwaltet werden zu können, und daß der Leitung des Zentral-Viehhofes andererseits durch dieses Arrangement zu viel entzogen werde. Die Magistratsvorlage

Rathbeides und Bengel stattgefunden hatte, in Folge dessen der verstorbenen Rathbeides an Stelle des noch immer krank darniederliegenden Bengel als todt gemeldet wurde. Ferner wurde erhoben, daß diese Verwechslung von einer Krankenwärterin ausgeführt wurde, bei welcher plötzlich der Kopfschmerz zum Ausdruck gekommen war. Die betreffende Wärterin kam ins Barakospital, wo sie auch am 14. d. ihren Weiden erlegen ist.

Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit', Stuttgart, Verlag von J. G. W. Drey, ist soeben das zweite Heft des 4. Jahrgangs erschienen.

Inhalt: Abhandlungen: Das 'Geld der Philosophie' und 'Das Kapital'. 1. Von Karl Rautschky. — Florian Geier. Lebens- und Charakterbild aus dem großen Bauernkrieg. Von Wilhelm Bloß. — Die Thierwelt des Neereislandes. — Gottfried Keller. Von J. Jabel. — Der internationale Lehrersongreß in Danzig. — Die 'faulen' Bulgaren. — Literarisches Rundschau: Dr. Georg Adler. Die Geschichte der ersten sozialpolitischen Arbeiterbewegung in Deutschland. — Redaktions-Korrespondenz.

Vom 'Recht auf Arbeit', sozialpolitische Wochenschrift, herausgegeben von E. B i e r e d in München, ist soeben Nr. 88 erschienen. Derselbe hat folgenden Inhalt: Zur internationalen Arbeiterkongressgesetzgebung. — Bevölkerungstatistik. — Zur Lohnstatistik. — Situationsbericht aus Düsseldorf. — Kapital und Arbeit: Berichte aus Berlin, Offenbach, Weimar, Rudolfs-Berg, London. — Sozialpolitische Rundschau: Milliarden-Kapitalbildung und vermeintliche Undurchführbarkeit des Maximalarbeitsgesetzes. Ueber den ethischen Werth des Branntweinmonopols. Ein Musterbeispiel hyperlokalen Charakterlosigkeit. — Staatliches über die Kartoffelbrennerei in Deutschland. — Die Folgen der Schutzpolitik in rother Beleuchtung. — Die Nettoeinnahme aus der Salzsteuer. — Aus der Arbeiter-Lohn-Kommission. — Aus dem Bericht der Ricer Handelskammer. — Geringe Bevölkerungszunahme in Baden und Württemberg. — Die Verneuerung der französischen Staatsschuld durch die Eisenbahn-Hinssgarantie. — Statistisches über die Baumwollfabriken in England. — Der Fabrikinspektor. — Krankenlasterwesen. — Freie Pflanzungen. — Vereine und Versammlungen: Korrespondenzen aus Berlin, Weimar, Kottbus, Hannover, Limmer, Celle, Burgdorf. — Vermischtes u.

Dagegen spricht aus, daß die Vertretung des Direktors in den Geschäften des Viehmarktes möglich ist und ohne die Verwaltung geordnet werden kann, und daß dieser Umstand dem jetzigen Direktor die Möglichkeit des Kommissoriums ohne Schädigung der Viehhofsverwaltung offen läßt. Die Entscheidung liegt bei der Stadtverordnetenversammlung.

Lokales.

r. Das Versteigern der Pfandobjekte hat in der Provinz einen Charakter angenommen, der vor der Versteigerung seiner nicht beachtet ist und jedenfalls auch nicht vorausgesehen ist. Daß durch die Versteigerung der Pfandobjekte der betreffende Gläubiger die Rechte eines Faustpfandgläubigers erlangt, ist bekannt; nun kann aber auch der Gläubiger ganz nach Belieben die Fortsetzung des Zwangsverfahrens, also namentlich die Abholung und Versteigerung der Pfandstücke aussetzen, und so human dieses Recht auch gehandhabt werden kann, so bedenkliche Folgen hat es auf der anderen Seite gezeitigt, und so gar das Versteigerungsrecht zurückerhalten zu wollen wird durch solche heimlichen Pfändungen gefährdet. Vor anderthalb Jahren bezog ein Kaufmann eine Wohnung in der Ritterstraße und stattete das Quartier mit einem sehr eleganten Mobiliar aus, blieb aber in letzter Zeit die Miete schuldig, so daß der Wirth mehrere Möbel zurückbehalten ließ. Nunmehr vor zwei Jahren von einem Gerichtsvollzieher verhaftet waren und die Siegelmarken an den einzelnen Sachen sich allerdings bei einiger Aufmerksamkeit noch erkennen lassen. Der Hausbesitzer hat unter Vorbehalt seiner Rechte in den Verkauf der Sachen gewilligt, indessen liegen die Folgen der beliebigen Aussetzung der Zwangsvollstreckung zum Nachtheil Dritter sehr klar und wer künftig die Kreditfähigkeit eines Andern nach dessen häuslicher Einrichtung beurtheilen will, der wird gut thun, auch die unteren und hinteren Fronten der einzelnen Möbelstücke auf das etwaige Vorhandensein des bekannten preussischen Wappens zu prüfen. Den Herren Hauswirthern aber dürfte der bekannte Passus im Miethkontrakt "Niether verpackt, daß die in die Wohnung eingebrachten Sachen sein Eigenthum sind", wenig nützen.

Es muß eine „feine Familie“ gewesen sein, die vor wenigen Tagen das Geburtstagsfest der Hausfrau in einem hiesigen beliebigen Kafeehaus beging. Beim Sekt kam man auf die verschiedenen Anstalten des Tages zu sprechen und ein Mitglied der Familie behauptete, es gehe nichts über — „Fliegen“. Er ging eine Wette um 300 Mark ein, daß er 50 Fliegen verschlingen würde. So schwer es auch war, diese Zahl um diese Jahreszeit aufzutreiben, es gelang schließlich. Auf Albernem Präsentirteller wurden sie ihm vorgelegt. . . . doch genug, er hat die Wette gewonnen und spülte das ledere Maß mit einem Glase Hedwig herunter. Die Sache wird der „Nat.-Zig.“ mit allen Namen und Einzelheiten berichtet, so daß ein Zweifel daran nicht bestehen kann.

Die Schneefahrt in den Straßen wird gegen Ende dieser Woche durchgeführt sein, vorausgesetzt, daß die Witterung günstig bleibt. Bis zum Sonntag Abend waren über 50 000 Fußten Schnee aus der Stadt abgefahren worden. Die ganze Abfuhr wird wohl auf 80 000 Fußten a 2 Kubikmeter kommen. Eine genaue Kostenaufstellung läßt sich erst nach Beendigung aller Arbeiten aufstellen und mittheilen.

Die Gefahr, welche durch Ansammlung von Gasen unter dem Asphaltpflaster durch eine zufällige Explosion entstehen kann und welche Veranlassung zu der Bestimmung gewesen ist, daß in derartig besetzten Straßen die Bürgersteige längs der Bordkurven mit einem Molassstreifen gepflastert werden müssen, hat auch den Rath zu Dresden veranlaßt, dieser Frage näher zu treten. Derselbe hat den hiesigen Magistrat gebeten, ihm von den hierorts getroffenen Bestimmungen Mittheilung zu machen.

Auf der Habel zwischen Nischewerder und Schildhorn liegt, wie dem „N. f. d. V.“ mitgetheilt wird, im Eise festgestorene die Leiche einer Frauensperson. Die Krähnen sollen derselben schon das Gesicht perdat haben.

Eine Arretirung mit Lebensgefahr. Am Freitag Abend wurde in Riddorf der vom Strafrichter gesuchte Arbeiter Hönke, der schon 17 Mal verurteilt worden ist, von zwei Gendarmen in einer bereits seit längerer Zeit bewachten Privatwohnung entdeckt, wo er mit zwei eben erst aus dem Gefängnis entlassenen Dirnen ein Trinkgelage abhielt. Beim Eintreten der Beamten stürzte sich der kräftige und durch den Trunk in Raserei gerathene Verbrecher auf dieselben, worauf sich ein wüthender Kampf entspann, in dessen Verlauf der um sich schlagende, stöhnende und beißende H. schließlich die Treppe hinuntergestoßen und nach heftiger Gegenwehr, wobei einer der Gendarmen eine erhebliche Wunde an der Hand und eine Verletzung am Schienbein davontrug, überwältigt. Mit Hilfe von Zivilpersonen wurde der Tobende auf einem Handwagen nach dem Amts-Bureau geschafft. Nur mit Mühe gelang es, denselben in die Detentionszelle zu schaffen. Die Nachricht von H.'s Verhaftung hatte eine Anzahl von zweifelhafteu Existenzen alarmirt, welche nicht ohne Lust zeigten, ihren Spiessgeßellen mit Gewalt zu befreien.

B. Eine gefährliche Weisze. Die Weisze war nicht etwa aus schädlichen Surrogaten komponirt, sondern aus gutem Malz, Hopfen, Hefe und Wasser hergestellt und eben, weil sie so gut war, richtete sie Unheil an. Die zehnjährige Tochter des Schaffner Heder, ein schwaches, kränkliches und blaßes Kind kam am Sonnabend zum Gastschwirtz Gansberg in der Annaherstraße, um für ihren Vater eine Weisze zu holen. Der Wirth kam dem Verlangen nach und machte sich daran, dem am Schenktische stehenden Mädchen die Weisze in das mitgebrachte Glas zu gießen. Er löste den Stopfen und neigte die Flasche dem Glase zu, die stark aufsteigende Kohlensäure aber trieb mit lauem Knall dem zusehenden Mädchen den Kopf und einen Strahl des schäumenden Biers in das Gesicht. Hierüber erschrad das schwächliche Mädchen so heftig, daß es sofort, von epileptischen Krämpfen ergriffen, zu Boden stürzte. Das bewußtlose Kind wurde von dem Wirth zu den ihm zum Glück bekannten und nahe wohnenden Eltern getragen, aber die Krämpfe ließen nicht nach, sondern wurden vielmehr so bedenklicher Art, daß ein Arzt herbeigeholt werden mußte. Derselbe erklärte den Zustand des Mädchens für lebensgefährlich.

Bewegung der Bevölkerung Berlins nach den Veröffentlichungen des statistischen Amtes der Stadt. Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl betrug am 9. Januar incl. der nachträglichen An- und Abmeldungen 1316 183; hat sich demnach gegen die Woche vorher um 492 Seelen vermehrt. In der Zeit vom 10. bis 18. Januar wurden polizeilich gemeldet 2696 Zugezogene, 1636 fortgezogene Personen; standesamtlich wurden 145 Ehen geschlossen. Geboren wurden 926 Kinder, und zwar lebend: 461 männliche, 418 weibliche, zusammen 879 (darunter 119 außereheliche), 202 männliche, 24 weibliche, zusammen 419 (darunter 8 außereheliche) Kinder. Die Lebendgeborenen, aufs Jahr berechnet, bilden 34,8, die Todtgeborenen, aufs Jahr berechnet, bilden 23, die außerehelich Geborenen 1,9 pro Tausend der Bevölkerung, die außerehelich Geborenen 13,7 pSt. aller in der Woche Geborenen, davon die bei den Lebendgeborenen 13,54, die bei den Todtgeborenen 17,02 pSt. Gestorben (ohne Todtgeborene) sind 545, nämlich 280 männliche, 265 weibliche Personen. Von diesen waren unter 1 Jahr alt 146 (incl. 33 außereheliche), 1—5 Jahre 113 (incl. 14 außereheliche), 5—10 Jahre 44, 10—15 Jahre 11, 15—20 Jahre 5, 20—30 Jahre 4, 30—40 Jahre 67, 40—60 Jahre 74, 60—80 Jahre 68, über 80 Jahre 15. Die Sterbefälle beim Alter von 0 bis 5 Jahren machten 47,52 pSt. sämmtlicher in dieser Woche Gestorbenen aus. Von den im Alter unter 1 Jahr gestorbenen Kindern starben 44 im ersten, 15 im zweiten, 9 im dritten, 13 im vierten, 11 im fünften, 8 im sechsten, 46 im siebenten bis zwölften Lebensmonate; von

denselben waren ernährt 35 mit Muttermilch, 1 mit Ammenmilch, 64 mit Thiermilch, 1 mit Milchsurrogat, 22 mit gemischter Nahrung, von 23 war es unbekannt. Todesursachen waren besonders: Lungenschwindlucht (96), Lungentuberculose (41), Bronchialkatarrh (17), Keuchhusten (10), Krämpfe (35), Gehirnschlag (14), Gehirn- und Gehirnhautentzündung (20), Krebs (19), Alterschwäche (12), Verdauungsstörung (30), Abzehrung (9), Masern (12), Scharlach (7), Diphtherie (31), Typhus (2), Diarrhöe (8), Brechdurchfall (7), an anderen Krankheiten starben 167 und durch Selbstmord 8, durch Erschießen 2, durch Erhängen 3, durch Vergiftung 3. Die Sterblichkeit der Woche auf das Jahr berechnet, kommen durchschnittlich auf 1000 Bewohner in Berlin 21,6, in Breslau 24,9, in Frankfurt a. M. 20,7, in Köln 26,5, in Dresden 22,7, in München 27,0, in Bremen 26,2, in Stuttgart 16,5, in Wien 26,6, in Paris 26,4, in London 23,9, in Liverpool 23,8. In der Woche wurden dem Volkshospitium gemeldet als erkrankt an Typhus 19, an Masern 99, an Scharlach 43, an Diphtherie 143. In den 9 größeren Krankenhäusern wurden in der Berichtswche 926 Kranke aufgenommen, davon litten an Masern 1, an Scharlach 9, an Diphtherie 3,7, an Typhus 3, an Keuchhusten 6. Es starben 141 Personen oder 25,9 pSt. aller in der Woche Gestorbenen; als Bestand verblieben 4138 Kranke.

Polizeibericht. Am 31. v. M. Nachmittags fiel eine 71 Jahre alte Frau im Hause Greiffstraße 62 in Folge eines Fehltritts von der Treppe und brach den rechten Arm. — Am 1. d. M. Morgens brach in einem Speicher auf dem Grundstück Grenadierstraße 35 Feuer aus. Dasselbe wurde von der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht. — An demselben Tage Vormittags wurde der auf dem Neubau der Waarenbörse in der Burgstraße beschäftigte Maurer Hart von einem herabfallenden Brett in den Rücken getroffen und so schwer verletzt, daß er mittelst Droschke nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — An demselben Tage Nachmittags stürzte der Zimmerpolier Domle von dem Neubau Wilsnackerstraße 18a aus einer Höhe von ungefähr 10 Metern in den Hof hinab und erlitt außer einer Verletzung am Kopfe eine Verstauchung des Fußes, so daß er mittelst Droschke nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte. — Zu gleicher Zeit fiel der Maurergeselle Michelbach aus einem Neubau in der Sellerstraße in Folge Ausgleitens von der Leiter und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus gebracht werden mußte. — Zu demselben Tage fiel ein Mann in der Taunusstraße in der Nähe des Friedrichshains zur Erde und brach das Bein. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus gebracht.

Soziales und Arbeiterbewegung.

An sämtliche Buchdruckerhilfen Berlins! Die unterzeichnete Kommission bringt hiermit der Kollegienversammlung Berlins zur Kenntniß, daß die am 10. Januar d. J. im Konzerthaus, Leipzigerstr. 48, stattgehabte und von ca. 1100 Theilnehmern besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung den Antrag auf Abänderung des Tarifs einstimmig zum Beschluß erhoben hat. Auf Grund dieses Beschlusses und der Bekanntmachung des Gehilfen-Vorstandes der Tarif-Revisions-Kommission vom 16. Januar d. J. in Nr. 9 des „Correspondenz“ vom 22. d. M. fordern wir alle diejenigen Kollegen Berlins, die unserer ersten Aufforderung zur Besprechung des Tarifs bisher nicht nachgekommen sind, nochmals auf, sich mit uns in die Drucker-Delegirten-Versammlung zu veranlassen, in die Spezialberatung des Tarifs einzutreten und etwaige gewünschte Abänderungen zum Tarif der Tarif-Überwachungs-Kommission schriftlich — zu Händen des Vorsitzenden, Herrn Hugo Bestel, SW. Postenstr. 27, II — bis spätestens den 20. März d. J. zugehen zu lassen.

Bei der Spezialberatung des Tarifs sind hauptsächlich folgende Punkte ins Auge zu fassen: 1. Verkürzung oder Beibehaltung der zehnstündigen Arbeitszeit, sowie Festlegung derselben; 2. Höhe des Vorkaufschlags für Berlin unter Berücksichtigung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise; 3. Entschädigung der Ueberstunden, sowie der Nacht-, Feiertags- und Sonntagsarbeit; 4. Aufstellung einer Lehrlingskassa. — Wir hoffen, daß alle Kollegen Berlins dieser unserer Aufforderung ungehindert nachkommen werden, umso mehr, da die Gehilfen-Mitglieder der Tarif-Revisions-Kommission Gewicht darauf legen müssen, die Wünsche der Kollegen kennen zu lernen, um so einen Tarif zu schaffen, der von dem Willen des größten Theils der Gehilfen Deutschlands getragen wird. Berlin, den 30. Januar 1886. Die Tarif-Überwachungs-Kommission.

Die Sperre über die Genossenschaft „Selbsthilfe“ ist nach den Auslassungen des Leiters der Genossenschaft gegenüber dem Kommissionsmitglied Herrn J. Kratz als aufgehoben zu betrachten. Wir bitten die Kollegen dringend, die Listen und Gelder bis zum Sonnabend, 6. d. M., an die Zahlstellen einzusenden, da wir noch Kollegen zu unterstützen haben. Die Kommission des Verbands der Möbelpolier. M. Richter, Schriftführer.

Zur Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Fünf Arbeiter in der Henschel'schen Engländer- in Grimma forderten mehr Lohn, da sie wußten, daß die Fabrikanten gegen Konventionalsätze eine dringliche Arbeit übernommen hatten und stellten die Arbeit ein, als ihnen die Lohnherabsetzung abgeschlagen wurde. Ob die Forderung an sich gerecht war, das können wir nicht beurtheilen. Eine gewisse Aufregung hatte sich in Folge dieses kleinen Streiks der ca. 100 Arbeiter in der Fabrik wohl bemächtigt, doch kam es zu keiner Aufruhr. Nach zwei Tagen erschienen die fünf Streikenden wieder und griffen mit aller Kraft in die Arbeit ein; man war recht froh über die Wirthschaft, da nunmehr der Guß zur rechten Zeit fertig wurde. Nach erfolgter Prüfung des Gusses, der sich als äußerst tauglich erwies, entließ Herr Henschel die fünf Arbeiter sofort. — Haben die Arbeiter gesündigt, so sündigte der Fabrikherr noch viel mehr. Doch ist uns wieder einmal die wunderbare Harmonie zwischen Kapital und Arbeit recht drastisch vor die Augen geführt worden.

Deutsche Waaren unter französischer Marke. Wir lesen in einem rheinischen Blatte: Die alte Klage, daß unsere deutschen Gewerbetreibenden und Kaufleute sich mit Vorliebe französischer Aushängeschilder auf ihren Waaren bedienen, hat viel von ihrer Berechtigung eingebüßt, seit unsere Industrie ihrer Ehemächtig mit der ausländischen sich bewußt geworden ist. Ganz verschwinden aber sind die Fälle noch nicht, in welchen deutsche Fabrikanten zu der heuchlerischen Angabe „Novautés de Paris“ oder dergleichen ihre Zuflucht nehmen. Ein dieser Tage von der Pariser Presse mitgetheiltes Fall, der auf die Barmer Knopffabrik Bergmann und Bellingrath sich bezieht, hat sogar zu einer empfindlichen Bestrafung der deutschen Firma durch das Lyoner Gericht geführt. Die Klägerin, die Pariser Knopffabrik Patente u. Co., klagte, nach Ausweis der beiden recht wenig ähnlichen Fabrikmarken in allerdings etwas robuster Weise, wegen angeblicher Marken-fälschung, betrieb sich nebenher aber auch darauf, daß die Barmer Firma ihre Knopffabrik auch noch mit „Paris“ bezeichnet hatte, und ergriff gerade wegen des letzteren Punktes das obgehende Erkenntniß, durch welches die verurtheilte Firma gehalten ist, der Klägerin 3000 Frcs. Entschädigung zu zahlen. Die Herren Bergmann u. Bellingrath nennen in einer öffentlichen Erklärung vom 21. Januar den Zusatz „Paris“ „vielleicht ungebührlich“, aber „höchst nebensächlich“, und glauben im übrigen den Urtheilspruch auf Deutschenthal würdigen zu sollen. Wir sind im Segertheil der Meinung, daß der Firma ihr Recht geschehen ist. Die Barmer Knopffabrik hat nicht nötig, mit fremden Federn sich zu schmücken, thut ein einzelner ihrer Vertreter es dennoch, so mag er, wenn nicht anders, die Folgen tragen; vielleicht wird er durch Schaden klug.

Auf eine Milliarde siebenhundertsechzig Millionen Mark befristet sich im Deutschen Reich der jährliche Aufwand für geistige Getränke. Der Verbrauch an Wein beträgt jährl. 1 898 000 hl a 120 M. = 233 760 000 M. Bier „ „ „ 38 829 000 „ „ 25 „ = 970 725 000 „ Branntwein „ „ 7 156 000 „ „ 70 „ = 500 920 000 „

Zusammen 47 983 000 hl für 1 711 405 000 M. Eine Milliarde siebenhundertsechzig Millionen: das ist 37,50 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; es bedeutet 10—12 pSt. des durchschnittlichen Nationalinkommens. — Vertheilt man obige Summen unter die Zahl der Trinker, so kommt auf die einzelnen Biertrinker das größte Quantum, auf die einzelnen Weintrinker die höchste Summe und auf die einzelnen Branntweintrinker die geringste Summe. Obige Zahlen beweisen so mit sehr wenig gegen den Brauntweingenuß, obwohl nicht geleugnet werden soll, daß derselbe großes Verderben unter das Volk bringt.

Biereinfuhr nach Frankreich. Im Jahre 1869 war die Einfuhr aus mehr als 200 000 Hektoliter gestiegen, fiel aber in Folge der Kriegereignisse sehr da ächtlich. Von 1875 an stieg die Einfuhr wieder und erreichte im Jahre 1878 270,020 Hektoliter. 1880 wurden 334,000 Hektoliter eingeführt, 1885 schon über 400,000. Die Einfuhr österreichischen Bieres ist dabei von nahezu 100,000 auf 10,000 Hektoliter zurückgegangen. Die Einfuhr besteht fast zur Hälfte aus Münchener Bier.

Vereine und Versammlungen.

Die Vereinigung deutscher Stellmacher (Mitgliedschaft Berlin) hielt ihre Mitglieder-Versammlung am 30. Januar im Gratzmüll's Bierhallen, Kommandantenstr. 77—79 ab. Herr Richelien hielt einen Vortrag über den Niedergang und die Zukunft des Handwerks. Weiter stand auf der Tagesordnung: Rassenbericht, Verschiedenes und Fragelasten. Der Referent führte in seinem Vortrage etwa folgendes aus: „Das heutige Handwerk löste sich durch die kapitalistische Produktionsweise zu zwingen, bei weitem nicht das leisten, was in der Vergangenheit geleistet worden ist. Eine Hebung des Handwerks erblt der Redner nur in der genossenschaftlichen Produktionsweise. Es ist naturgemäß, daß mit den Fortschritten der Kultur auch die Bedürfnisse des Menschen sich steigern müssen. In früheren Zeiten hielt es der Handwerksmeister für eine ganz besondere Ehre, aus dem Lehrling einen tüchtigen Gesellen zu machen für eine Schande hielt man es, schlechte Arbeit zu liefern. Alsdann kam Redner auf die Maschine zu sprechen. Die Maschine habe wohl ursprünglich den Beruf gehabt, segensreich als Gemeingut für den Menschen zu wirken, heute sei die Maschine aber durch den Egoismus Einzelner zum Fluche der Menschheit geworden. Es müßte daher angestrebt werden, die Maschine wie die Arbeitsmittel überhaupt, zum Gemeingut der Menschheit zu machen.“ Bei diesen Worten erhob sich der überwachende Polizei-Beauftragte und erklärte die Versammlung auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes für aufgelöst.

Das öffentliche Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen, welche am Sonntag im Konzerthaus „Sanskouci“ stattfand, hatte sich eines zahlreichen Besuches zu erfreuen und beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Programm für die diesjährige Lohnbewegung und den Vorbereitungen zu derselben. Herr Sandermann erläuterte das von der Kommission vorgeschlagene Programm der nächsten Bewegung. Dasselbe enthält folgende vier Forderungen: 1. Tägliche Maximalarbeitszeit von 10 Stunden. 2. Wöchentliche Minimallohnbedienstet von 18 Mark für den „sogenannten schwachen Arbeiter“; für den leistungsfähigeren dementsprechend mehr. 3. Gänzliche Einstellung der Sonntags- und Nacht-Feiertags-Arbeit. 4. Möglichste Einschränkung der Befestigung der Affordarbeit. Die Versammlung erbielt von jedweder Disziplin Abstand nehmend, einstimmig eine Resolution zum Beschluß, durch welche sie sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärte und sich verpflichtete, für die Durchführung jenes Programms energisch einzutreten. Hierauf begründete derselbe Referent die Nothwendigkeit, ohne Aufsicht in allen Verhältnissen die Wahl von Delegirten vorzunehmen, da in kürzester Zeit eine Werkstätten-Delegirten-Versammlung stattfinden müsse, um die Materialen zur Aufstellung von Lohnverträgen zu liefern, deren Durchführung die übliche „Schwupfkonkurrenz“ nicht bekämpfen würde können. Auch sollen die Werkstätten-Delegirten freiwilligen Beiträge zum Generalunterstützungsfonds einbringen. Die Delegirten seien jedoch nicht kompetent, endgültige Beschlüsse zu fassen; dies seien allein die öffentlichen Generalversammlungen, denen alle Delegirten Beschlüsse zur Befestigung oder Berichtigung unterliegen. Nach einer lebhaften Diskussion an der sich die Herren Schmiede, Zorn, Siemer, Natanson, Vindric, Buchmann, Hildebrandt und Vah in zunehmendem Maße beteiligten, gelangte eine Resolution zur Annahme, wodurch die Versammlung die Nothwendigkeit der Werkstätten-Delegirten anerkennt und die Lohnkommission beauftragt, innerhalb 14 Tagen eine Delegirtenversammlung im Zentrum der Stadt einzuberufen; ferner alle Gewerks- u. verw. Berufsvereine erachtet, schleunigst in allen Verhältnissen die Wahl der Delegirten vorzunehmen und letztere mit den betreffenden Verhandlungen und Materialien zu versehen. Hierauf überwies die Versammlung das Geschäft eines Gewerksvereins um Bewilligung von Kosten-Vorschuss behufs gerichtlicher Geltendmachung einer Lohnforderung, an die Lohnkommission, die ordentliche Herr Sandermann alle noch nicht dem Fachverein angehörigenden Gewerksvereine auf, demselben beizutreten und durch eine erfolgreiche Durchführung der Lohnbewegung zu ermöglichen und sicherzustellen. Auch empfahl er allen Deputirten und Berufsvereinen angelegentlich das Abonnement auf das „Berliner Volksblatt“ und der im Bierdeckeligen Verlag erscheinenden Zeitschriften.

Der „Demokratische Verein“ hielt am Donnerstag, 28. Januar, in den Remisallen seine regelmäßige vierteljährliche Versammlung ab. Nach Eröffnung der Sitzung gedachte der Vorsitzende, Herr Ledebour, des Berufes, der den Verein und die Demokratie durch den Eintritt des Dr. Adols Hillshaus getroffen hat. Bei aller Herzlichkeit dieses Schicksals zeigte sich dem hier, daß der Tod eines derührenden Einfluß besitzt, dem mit uns, die wir politisch dem Verstorbenen am nächsten standen, haben sich auch solche Männer in der Trauer um ihn vereint, die zwar häufig auf anderen Wegen, doch den nämlichen heilsamen Idealen zustreben. Um der Berehrung für den Todten auch äußerlich Ausdruck zu verleihen, erbot sich darauf die Versammlung von ihren Sigen. Herr Schlegelmilch berichtete demnach über das Projekt des Brauntweinmonopols, dessen Ausführung er entschieden verurtheilt. In der Diskussion wurde sich alle Redner zustimmend zu diesen Ausführungen aus für die auf einen Geist, der vom hygienischen Standpunkte aus für ein Monopol eintrat, da er glaube, es lasse sich dadurch eine Konsumbeschränkung erzielen. Auch der in der Versammlung anwesende Abgeordnete Kayser erklärte, daß er und seine Freunde zwar nicht alle Monopole grundsätzlich, aber doch das Brauntweinmonopol verwerfen. Schließlich wurde einstimmig das Monopol des demokratischen Vereins vom 28. Januar verurtheilt das Brauntweinmonopol aus wirtschaftlichen, politischen und moralischen Gründen unbedingt und spricht die zuverlässige Erwartung aus, daß der Reichstag dem Projekte seine Zustimmung verweigern werde.“ Im Anschluß daran wurde durch Vereinsbeschluß Vorschlag beantragt, eine Petition gegen das Brauntweinmonopol an den Reichstag zu richten.

Der Antrag des Abgeordneten Harm und Genossen.

Vor Kurzem brachten wir einen Zeitartikel mit der Ueberschrift: „Ein Erfolg der Sozialdemokraten im deutschen Reichstage“, der den Antrag Harm und Genossen, den Familien der zur Uebung eingezogenen Reservisten und Landwehrlente Unterstützung zu gewähren, des Näheren besprach und besonders das Schicksal desselben in der Budgetkommission mittheilte.

Inzwischen hat der Antrag im Hause selbst die zweite Lesung passirt. Darüber aber hat die Berichterstattung sich ziemlich ausgebreitet, weil sich die ganze Aufmerksamkeit der Presse auf die ziemlich unfruchtbareren Debatten in preussischen Abgeordnetenhaus gerichtet hatte.

Und doch dürfte es die Arbeiter mindestens so sehr interessieren, zu wissen, welche weitere Aussicht auf Erfolg der Antrag Harm hat, das heißt die Anregung, welche die Sozialdemokraten im Reichstage bei einer so vollständig über Angelegenheiten gegeben haben, als die gegenseitigen Spekulationen und Kraftausdrücke, die im Abgeordnetenhaus zur Geltung gebracht wurden. Wir lassen deshalb die kurze Verhandlung nach dem stenographischen Bericht hier folgen:

Präsident: Wir gelangen nunmehr zu dem Antrag der Abgeordneten Harm und Genossen, welcher gestellt war zu Kap. 31 Tit. 1a des Etat für die Verwaltung des Reichsheeres, — Bericht Nr. 114 der Drucksachen.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete von Köller. Ich ertheile demselben das Wort.

Berichterstatter Abgeordneter v. Köller: Meine Herren, Berichterstatterung in der zweiten Lesung wurde von dem Abgeordneten Harm und Genossen zum Kap. 31 des vorläufigen Etat der Angelegenheit, einen Tit. 1a einzufügen:

für die Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten für die Landwehrlente, für Preußen 2 Mill. Mark, für Sachsen 100 000 Mark, für Württemberg 50 000 Mark, und

b) unter Titel 1a folgende Anmerkung aufzunehmen:

Ann. Das Geld wird als Berechnungsgeld bewilligt. Die Regierministerien haben auf Ansuchen der Beteiligten nach Zahl der Familienglieder und nach der Vermögenslage aus diesen Fonds einen ausreichen Unterstützungsbeitrag zu leisten, dem der Verdienst der zu den Truppen eingezogenen Reservisten oder Landwehrlente zu Grunde zu legen ist.

Dieser Antrag wurde nach kurzer Diskussion, theilweise Bekämpfung und theilweise Zustimmung, in die Budgetkommission zur Berichterstattung verwiesen. Ihre Budgetkommission hat sich mit dieser Angelegenheit in der gestrigen Sitzung des eingehenden befaßt.

Es wurde zunächst in der Budgetkommission von einer Seite — von mir selbst — klar gestellt, daß bei der ersten Diskussion über den Antrag insoweit ein Irrthum obgewaltet hätte, als angenommen worden sei, daß sich der Antrag nicht auf die Angehörigen der Reservisten und Landwehrlente bezöge, sondern daß die Subjekte, welche hier in Aussicht genommen sind, als Unterstützungen für Angehörige der sogenannten Erlagsreserve gemeint gewesen seien, und daß ein Theil der Entgegnungen und der Bekämpfungen jenes Antrags auf diesen Irrthum zurückzuführen gewesen sei.

Es wurde dann die prinzipielle Frage einer eingehenden Erörterung unterworfen, und wurde von allen Seiten anerkannt, daß es wohl denkbar sei, wie ein Bedürfnis zu einer solchen Unterstützung vorliegen könne, und — das wurde von einer Seite besonders betont — es entschieden wünschenswert sei, über das Maß des Bedürfnisses geeignete Ermittlungen anzustellen und darüber Klarheit und Gewissheit zu erlangen, in wie hohem Maße Reservisten und Landwehrlente, welche zu den Uebungen einberufen sind, hilfsbedürftig Frauen oder Kinder zu Hause lassen, und in wie hohem Maße es deshalb nöthig sei, solchen zu Hause gelassenen Familien während der Abwesenheit ihrer Männer eine Unterstützung angedeihen zu lassen. Während von Mitgliedern der Kommission aus den verschiedenen Gegenden des Deutschen Reichs die Mittheilung gemacht wurde, daß ja wohl allerdings hier und da Reservisten

und Landwehrlente auch eingezogen würden, welche eine derartige Unterstützung für die Uebungen nicht nöthig hätten, so sei doch auch zu konstatiren, daß sehr häufig der Fall vorkäme, daß die Betroffenen, nachdem sie in früheren Jahren gedient, von der Truppe entlassen nun nach Hause gekommen einen Hausstand gegründet hätten, wenige Jahre darauf zur Uebung eingezogen, in üble Situationen kämen, indem sie während der Zeit den Verdienst entbehren müßten, welchen sie für ihre Familien zu schaffen in der Lage seien, falls sie zur Uebung nicht eingezogen würden.

Im großen und ganzen wurde demnach einstimmig anerkannt, daß es nöthig sei, das Bedürfnis festzustellen und in der Angelegenheit etwas zu thun. Es wurde dem Antrag Harm und Genossen zunächst von der großen Mehrheit der formelle Grund entgegengedehnt, welcher auch bei der ersten Diskussion schon Veranlassung gegeben hatte, denselben zu bekämpfen, daß es mehr oder weniger willkürliche Zahlen seien, welche in dem Antrage genannt seien, daß das Bedürfnis in seinem Umfang bisher gar nicht festgestellt sei, daß es daher unthunlich sei, einen Titel in der Höhe, wie er in dem Antrag Harm bezweckt sei, in den jetzigen Etat aufzunehmen; und wurde auch bemerkt, daß dies den sonst üblichen etatsrechtlichen Grundsätzen nicht entsprechen würde. Aus diesem Grunde wurde der Antrag Harm bekämpft und, wie ich gleich hier bemerken will, bei der schließlichen Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt.

Inzwischen war im Laufe der Diskussion ein Antrag eingegangen, welcher statt dieses Antrags Harm im Falle der Ablehnung desselben bezweckte, dem hohen Hause eine Resolution vorzuschlagen. Diese Resolution lautete:

Der Reichstag wolle beschließen:

den Reichskanzler aufzufordern, die verbündeten Regierungen zu veranlassen, zur Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente eine entsprechende Postion in den nächstjährigen Etat einzustellen.

Auch diese Resolution wurde bekämpft aus dem etatsrechtlichen Grunde, daß es unthunlich sei, ohne Material, ohne Unterlage schon den Wunsch auszusprechen, in den nächstjährigen Etat eine entsprechende Postion einzustellen, und sie wurde schließlich von der großen Mehrheit der Kommission ebenfalls abgelehnt.

Es war inzwischen eine zweite Resolution eingegangen, dahin lautend:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, spätestens bis zur nächstjährigen Etatsberatung Ermittlungen darüber anzustellen, in welchem Maße ein Bedürfnis dazu vorliegt, für die Familien der nach Ableistung einer dreijährigen Dienstzeit wieder zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente Unterstützungen zu gewähren, und welche Mittel zu diesem Zwecke erforderlich sein würden, — endlich dem Reichstage von dem Resultate der Ermittlungen nach dreien Bedingungen Kenntnis zu geben und im Fall, daß ein Bedürfnis vorliegt, eine bezügliche Gesetzvorlage zu machen.

Diese Resolution, für welche sich mehrere Mitglieder der Kommission ausgesprochen, wurde von anderen Seiten aus dem Grunde bekämpft, daß man aus den Worten der Resolution entnehmen könne, daß die Regelung dieser Angelegenheit als eine offene behandelt werde, während die Mehrheit der Kommission doch der Ansicht sei, daß das Bedürfnis bereits heute bejaht werden müsse. Auch diese Resolution erhielt bei der Abstimmung nicht die Mehrheit der Budgetkommission.

Dahingegen wurde eine weitere Resolution, welche sich auf Nr. 114 der Drucksachen findet, seitens der Mehrheit der Budgetkommission angenommen, da sie sowohl von den Mitgliedern, welche die vorher erwähnte Resolution nicht wollten, angenommen wurde, als auch diejenigen Mitglieder dafür stimmten, welche für die vorige Resolution eingetreten waren. Diese Resolution lautet:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Uebung einberufenen Reservisten und Landwehrlente regelt.

Die Mehrheit der Kommission war der Ansicht, daß in dieser Resolution einmal das Bedürfnis der in dem Antrage

Harm und Genossen in Aussicht genommenen Unterstützungen schon jetzt anerkannt werden müsse, und daß, wenn ein solches Bedürfnis schon heute anerkannt sei, man darauf zu dringen habe, daß die Materie eine baldmöglichste Regelung erfahre.

Die Budgetkommission schlägt dem hohen Hause daher vor, den hier selbst bei der zweiten Lesung gestellten Antrag Harm, Nr. 59 der Drucksachen, abzulehnen, und die Resolution welche ich zuletzt verlesen habe, und welche sich auf Nr. 114 der Drucksachen befindet, anzunehmen.

Ich bemerke dabei noch, daß während jener Antrag Harm zu dem Kap. 31 des Militäretats gestellt war, diese Resolution, welche seitens der Budgetkommission beschlossen ist und Ihnen zur Annahme empfohlen wird, nicht als zu einem bestimmten Kapitel des Militäretats, sondern überhaupt zu dem gesamteten Reichshaushaltsetat gestellt anzusehen ist.

Präsident: Es ist von dem Herrn Abgeordneten Hasenclever ein genügend unterstützter Antrag eingebracht worden, welcher lautet:

Unterantrag zu dem zum Antrag Harm und Genossen von der Kommission für den Reichshaushaltsetat eingebrachten Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen:

anstatt des Wortes „baldmöglichst“ die Worte zu setzen:

spätestens in der nächsten Session.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hasenclever.

Abgeordneter Hasenclever (Sozialdemokrat): Meine Herren, da die Bedürfnisfrage von keiner Seite des Hauses, wie ich auch in der gestrigen Budgetsitzung erfuhr, angesetzt und bekämpft wird, wie dies bei der ersten Beratung der Fall war, so kann es gar nicht meine Aufgabe sein, das Bedürfnis, durch welches der Antrag Harm entstanden ist, hier nochmals zu betonen. Ich bin ja auch der Meinung, daß es vorher noch näherer Erörterungen bedarf, um einen Gesetzesvorschlag genau formulirt in dieser Hinsicht zu machen, und wir haben uns auch bei unserem Antrage hauptsächlich die Frage vorgelegt, ob wir hier im Reichstage durch Einbringung derselben die nöthige Anregung geben würden, um ein wirkliches verständiges Volksgesetz zu Stande zu bringen. Das war unsere Absicht; ob die Absicht in der oder jener Weise erfüllt wird, kann uns gleichgültig sein, und deshalb ist es mir jetzt ziemlich egal, ob der Kommissionsantrag angenommen wird oder der Harm'sche Antrag oder eine Resolution, wie ich sie in der Kommission gestellt hatte.

Aber uns kommt es noch darauf an, die Sache so rasch wie möglich wenigstens ins Werk zu setzen; daher kam auch der Gedanke, eine entsprechende Postion direkt in den diesjährigen Etat einzustellen. Nun, das ist nicht möglich; das Haus will das ja auch nicht, und es ist mir auch nicht ganz sympathisch, wenn eine solche Postion, wie auch der Herr Referent betonte, in den Militäretat eingestellt wird. Ich bin auch der Meinung, daß der Militäretat mit dieser Frage weniger zu thun hat als der gesamtete Reichshaushaltsetat. Die Resolution, die ich in der Kommission stellte, schloß auch den Militäretat aus; sie verlangte einfach, daß im nächstjährigen Etat eine Postion eingestellt würde zur Unterstützung von Familien der Landwehrlente und der eingezogenen Reservisten.

Meine Herren, dasselbe Dringlichkeitsgefühl, das dieses gute Gesetz recht schnell geschaffen werde, hat mich auch geleitet, als ich soeben mein Amendement zu der Kommissionsresolution stellte. Es handelt sich nur um Tilgung des unendlich dehnbaren Wortes „baldmöglichst“ durch eine möglichst bestimmte Zeitbestimmung: „spätestens in der nächsten Session“. Nun wird jemand erwidern können, das Wort „baldmöglichst“ bezeichne die Sache als noch dringlicher; aber, meine Herren, wie die Auffassung der Regierung manchmal ist bei solchen dehnbaren Worten, wissen Sie ja; ich brauche Sie nur daran zu erinnern, daß der Herr Minister von Büttkammer das Wort „sodort“ in dem Wahlgeseß mit „sechs Monaten“ übersetzt hat; „sodort“ und „sechs Monate“ waren bei Herrn von Büttkammer ganz dasselbe! Was könnte man nun aus dem Worte „baldmöglichst“ machen, wenn man mit der Auffassung des preussischen Ministers des Innern Parallele zieht! Wenn man „baldmöglichst“ so betrachtet, wie Herr von Büttkammer das Wort „sodort“, dann

nommen. Seine Augen feuchteten sich, da fielen ihm aber die Schmerzenstage seiner heißgeliebten Frau ein, seine Flügel wurden wieder hart und mürrisch; wie ein eigenartiges Kind murmelte er vor sich hin: „Er bekommt sie doch nicht!“

„Uff, uff, auch das wäre überstanden.“ und der Kalkulator arbeitete sich aus den vielen Rissen und Decken heraus und kletterte langsam aus dem Wagen. „O meine Glieder, es ist Alles durcheinander gerüttelt und geschüttelt,“ und ächzend rieb er sich die schmerzenden Stellen. „Komm, Schulse,“ rief er in den Wagen, „der Schnee liegt fuhhoch und der Goldene Greif“ — so hieß der Gasthof, vor dem das Gefährt hielt — soll uns unter seine schützenden Flügel nehmen. Komm, becil Dich doch,“ und fröstelnd zerkampfte er den Schnee, um sich etwas zu erwärmen. „Schulse, was machst Du denn bloß noch im Wagen,“ rief immer zorniger der Kalkulator und versuchte den Kutschenschlag zu öffnen, um nach seinem Freunde, den er noch mit dem Ordnen der Decken und Tücher beschäftigt glaubte, zu sehen. Im selben Augenblick wurde ein Fenster der Wirthsstube geöffnet und eine Stimme erscholl: „Aber, lieber Hänichen, auf wen wartest Du denn da noch?“

Der Kalkulator drehte sich rasch um, das schmunzelnde Antlitz des Steuerinspektors Schulse sah aus dem Fenster.

„Daß Dich das Wetter holen möchte, Du Schwere-nöthiger Du,“ brummte wüthend der Gefoppte, der während sein Freund den Wagen heimlich auf der anderen Seite verlassen hatte, unterdessen in der grimmigen Kälte auf das Aussteigen seines Gefährten wartete. „Ich werde Dich auch schon noch zu fassen kriegen,“ flüsterte zornig, und, ohne seinen Aergers zu zeigen, setzte er sich zu seinem Freunde hin. Da Beide ihre Geschäfte in dem Städtchen erledigt hatten und sich vor der Heimfahrt noch stärken wollten, schonten sie des Punsches nicht und die Gläser vor ihnen wurden wiederholt gefüllt. Beide waren heiter geworden, aber trotz seiner Heiterkeit mußte Hänichen fortwährend an den Schabernack denken, den ihm Schulse gespielt. Doch halt, hing nicht dort hinten, ganz verborgen Schulse's Mantel und sahen nicht verlockend, in weises

Vergiftet.

Humoreske von Paul Lindenberg.

(Schwarz verboten.)

„Es thut mir leid, Ihnen nochmals wiederholen zu müssen, Sie bekommen nun einmal meine Tochter nicht!“ und der korpulente Kalkulator Hänichen sprang von seinem Sitze, auf dem er während der letzten Minuten unruhig hin und her gerutscht war, empor und lief einige Male in der Stube auf und ab.

„Aber bester Herr Kanzleirath...“

„Bin kein Kanzleirath, bin nur Kalkulator und ver-schließe mein Ohr gegen alle Schmeicheleien.“

„Nun denn, Herr Kalkulator“, begann der junge Doktor Richard Wolff von Neuem, „so sagen Sie mir wenigstens den Grund der Abneigung gegen mich. Beschälb verweigern Sie mir die Hand Ihrer Tochter?“

Hänichen hielt in seinem Marsche durch das Zimmer inne und blieb unmittelbar vor dem jungen Arzte stehen.

„Den Grund wollen Sie auch noch wissen?“ Inurrte er ärgert.

„Nun, kurz heraus, ich hab' einen unwiderstehlichen Abscheu gegen die Doktoren; meine Frau haben sie ins Grab gebracht, meine Schwester elend und siech gemacht, nun soll auch meine Tochter noch einen Doktor heirathen, damit der womöglich an ihr herumstudiren und kuriren mag. — nein, ich leid's nicht, ich leid's nicht,“ und er stampfte mit dem Fuß auf den Boden und nahm seine Wanderung wieder auf.

„Ich möchte Sie doch ersuchen, die Personen zu unterscheiden“, sagte Doktor Wolff, dem die Röthe des Unwillens in das Gesicht gestiegen war, mit einem Anfluge von Energie und Nachdruck, „weiß der Himmel, welchen Medizinpfuschern die Ihrigen in die Hände fielen.“

„Oho, Medizinpfuschern,“ rief ergrimmt der Kalkulator, „ich bitte doch, mein werther Herr Doktor, mir zu glauben, daß es bewährte und berühmte Ärzte waren, Sanitäts- und Geheimräthe sogar, und sie rietthen denn auch meiner seligen Gattin“ — er hielt einen Augenblick

inne, vor Mühsung oder vor Unmuth, — „so viel Gutes, daß sie schon nach mehreren Wochen bleich und stumm vor mir lag!“ — Hänichen's Stimme zitterte, als er die letzten Worte sprach, aber er ermannte sich und in heftigem Tone setzte er hinzu: „Ich bin ein zu braver Vater, als daß ich meiner Tochter geradezu etwas Schlimmes gönnen möchte!“

„Aber Helene liebt mich —“

„Das glaube ich gern; sie liebt Sie, aber nicht den Doktor. Ich habe ja auch nichts gegen Sie, gar nichts, aber gegen Ihre Wissenschaft, gegen die Ärzte, gegen die ganze Heilkunde empfinde ich einen unüberwindbaren Abscheu.“

Eine lange Pause trat ein. Doktor Wolff hatte sich erhoben und sah niedergeschlagen vor sich hin, Hänichen stand am Fenster und bearbeitete die Scheiben marschmäßig mit seinen Fingern.

„Und geben Sie mir denn gar keine Hoffnung, Herr Kalkulator?“ kam es endlich zögernd über die Lippen des Arztes.

„Auch noch Hoffnung?“ — brummte der Hypochonder, „nein, keine, — doch halt, ja.“ und ein ironisches Lächeln überflog seine Miene, um aber sofort wieder dem alten Troste Platz zu machen, „eine Hoffnung sollen sie haben: wenn Sie mich einmal vom Tode erretten, so gebe ich Ihnen meine Tochter, aber ich sag' Ihnen im Voraus, ich geb' nicht so viel“ — und er schnippte mit den Fingerspitzen — „auf Ihre Kunst, ich kann müthig dem letzten Stündchen entgegensehen und es dürfte Ihnen schwer fallen, mich zu Ihren Medicamenten zu bewegen.“

Der Doktor hörte kaum noch die letzten Worte, er wußte nur, daß ihm die Hand Helenens verweigert wurde, daß ein rauher Reis in seinen Liebesfrühling gefallen war; langsam, wie abwesend, sagte er nur ein leises „Leben Sie wohl“ und verließ das Zimmer.

Der Kalkulator stand noch am Fenster und trommelte daran herum. Er hörte das Abschiedswort des Besuchers, ohne etwas darauf zu entgegenn, aber er hörte auch das unterdrückte Weinen seines einzigen, blondblonden Töchterchens, welches in der Nebenstube die Unterhaltung ver-

können 20 Jahre darunter verstanden werden. (Oh! oh!) — Das ist doch ganz analog wie „sechs Monate“ und „sofort“. Nach 20 Jahren könnte der Bundesrat so lebenswürdig sein, und ein solches Gesetz vorzulegen, und das wünschen wir nicht. Das wird ja auch jetzt nicht die Absicht des Bundesrats sein; er könnte aber noch in schärferer Konflikt mit dem Reichstag kommen, und wenn der Reichstag ist, so sucht ein geizgebender Körper den anderen zu ärgern, und vom Bundesrat haben wir derartige Erfahrungen schon zu verzeichnen.

Meine Herren, ich bitte Sie deshalb schon im Interesse des raschen Zustandekommens dieses guten Gesetzes, mein Amendement, dem große Bedenken wohllich entgegenstellen, anzunehmen. Ich hatte in der Kommission bei derselben Resolution beantragt, die der Herr Abgeordnete Schrader eingebracht hatte, „noch in dieser Session“ an Stelle des Wortes „baldmöglichst“ zu setzen; es wurde aber erwidert, daß es den verbündeten Regierungen nicht möglich sei, noch in dieser Session das nötige Material herbeizuschaffen, um einen gut ausgearbeiteten Gesetzentwurf und vorzulegen. Deshalb beschied ich mich damit, daß wir beim nächsten Etat einen derartigen Gesetzentwurf erhalten. Ich habe schon zu Anfang gesagt: uns ist es ganz gleichgültig, in welcher Form die Materie geregelt wird; die jetzt vorgeschlagene Form genügt mir auch, und ich werde — ich glaube, auch meine Freunde — für den Entwurf der Kommission stimmen. Wir sind nur recht erfreut, daß wir die Antragsform gegeben haben, und mag die Form auch ungenügend gewesen sein, den guten Willen werden Sie bei uns nicht mehr bezweifeln.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Haarmann.

Abgeordneter Dr. Haarmann (nationalliberal): Meine Herren, als wir uns vor einigen Wochen mit der Beratung des Antrages Harn, den Familien der zu Übungen einberufenen Reservisten und Landwehrtroop unterstützungen aus Reichsmitteln zu gewähren, beschäftigten, wurde von einer Seite — wenn ich nicht irre, war es der Herr Abgeordnete von Köller — die Vermutung ausgesprochen, der Antrag sei gestellt, um Befall bei den Massen zu finden. Wie weit die Vermutung zutrifft, weiß ich nicht; ich lege aber auch gar keinen Werth darauf, dies zu ergründen. Denn welche Absichten einen Antragsteller geleitet haben, darauf sehen meine politischen Freunde und ich erst an letzter Stelle; für uns kommt es vor allen Dingen auf den Inhalt des Antrages an. Eines aber weiß ich: trifft die Vermutung des Herrn von Köller zu, dann haben unsere Herren Kollegen von der sozialdemokratischen Fraktion einen sehr glücklichen Griff gethan; denn wohl selten hat ein Antrag in den breitesten Schichten des Volkes eine solche Zustimmung gefunden wie der Antrag Harn, und das meines Erachtens mit vollem Recht.

Schon bei der ersten Beratung haben wir in diesem Sinne Stellung genommen, da wir es nicht billigen, daß während der Zeit, wo der Ernährer einer Familie zu den Übungen einberufen ist, um seiner Pflicht im Dienste des Vaterlandes zu genügen, daß während dieser Zeit die Familie desselben werden muß oder gar der Armenpflege anheimfällt, wie — das wird Niemand bestritten können — das nicht selten der Fall ist. Und in vielen Fällen wird sich nicht nur auf die Zeit der vorübergehenden Abwesenheit des Ernährers die Störung in den wirtschaftlichen Verhältnissen einer Familie erstrecken, sondern das in jenen Tagen notwendig gewordene Sorgen und Schuldenmachen wird gar zu oft zu dauernden Bedrückungen den Grund legen.

Der Haarmann'sche Antrag verliert meines Erachtens dadurch nicht an Werth, daß die Form, in der er gestellt ist, nicht annehmbar erscheint. Die Hauptsache bleibt die gegebene Anregung, welche durch die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution zum richtigen Ausdruck gekommen ist. Dieser Resolution: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldmöglichst dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Unterstützung der Familien der zur Übung einberufenen Reservisten und Landwehrtroop regelt, — werden meine politischen Freunde und ich zustimmen.

Ich kann es unterlassen, die hierfür sprechenden Gründe ausführlicher anzugeben, denn an der Annahme der Resolution zweifle ich keinen Augenblick. Auch hoffe ich, daß die verbündeten Regierungen nicht nur der Resolution Folge geben, sondern auch den in derselben ausgesprochenen Wunsch, baldmöglichst den Gesetzentwurf vorzulegen, beherzigen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Strombeck.

Abgeordneter von Strombeck (Zentrum): Meine Herren, meine Fraktionsgenossen sehen der Resolution ebenfalls durchaus freundlich gegenüber. Es gehört die Vorfrage für die Armen zu den proklamirten Aufgaben des Zentrums. Wir werden aber bei dem Wortlaut der Resolution Schrader stehen bleiben und werden dem gestellten Antrag nicht zustimmen. Es geschieht das einfach aus der Erwägung, daß ja, falls der Unterantrag angenommen werden sollte, dadurch ein Zwang gegen die verbündeten Regierungen nicht aus-

geübt werden kann; es bleibt gleichwohl dem Ernennen der verbündeten Regierungen überlassen, wann sie einen solchen Gesetzentwurf vorlegen wollen. Insofern glauben wir, daß der Unterantrag gegenüber dem Wortlaut des Antrages Schrader, gegenüber dem Worte „baldmöglichst“ in diesem Antrage, eine Verbesserung nicht enthält. Würde eine solche Verbesserung unserer Ansicht nach darin liegen, dann würden wir mit Freuden im Interesse der Nothleidenden auch dem Untertrage zustimmen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schrader.

Abgeordneter Schrader (Deutsch-freisinnig): Meine Herren, ich hätte wohl gewünscht, daß die Beratung dieser wichtigen Frage bei einem reich besetzten Hause stattfände, als es heute der Fall ist. Wir sind heute durch die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus einer großen Anzahl unserer werthvollsten Kollegen beraubt, und unseren Debatten über diesen Gegenstand können wir nicht die Tiefe geben, welche derselbe wohl verdient.

Ich will mich nicht einlassen auf eine spezielle Begründung des Antrages, der ja sicher Ihre Zustimmung finden wird. Wir haben nicht nötig, den Beifall der Massen dadurch zu suchen, daß wir noch besonders mit längeren Ausführungen für eine Sache eintreten, die alle billigen werden. Ich möchte deshalb Sie nicht weiter damit aufhalten, daß ich auf einzelne eingehe. Wir können es den Herren Sozialdemokraten nur Dank wissen, daß sie diesen Gegenstand unserer Aufmerksamkeit entgegengebracht haben. Wir sind bereit, meine Herren, hier zu helfen, weil wir einsehen, daß es in der That nötig ist, und darum hat auch die Budgetkommission denjenigen Antrag gestellt, welcher am schnellsten zum Ziele führt.

Wenn die Herren Sozialdemokraten der Meinung sind, daß der Ausdruck „baldmöglichst“ nicht genügend sei, so will ich ihnen darin nicht gerade Unrecht geben. Meine Herren, es ist ja möglich, daß der Bundesrat die Sache nicht so schnell erledigt, wie wir das mit dem Ausdruck „baldmöglichst“ ausdrücken wollen. Viel anders wird aber, wie der Herr Vorredner, Abg. von Strombeck, eben ausgeführt hat, es nicht werden, wenn wir statt „baldmöglichst“ sagen: „bis zur nächsten Session“. Für mich sind beide Ausdrücke ziemlich gleichgültig; ob wir sagen: „baldmöglichst“ oder „bis zur nächsten Session“, darauf kommt wenig an. Wenn die verbündeten Regierungen bereit sind, unserem Wunsche zu entsprechen, so werden sie auch bald etwas dazu thun. Nachdem so viel gerade von Seiten der verbündeten Regierungen von dem Reichstage die Rede gewesen ist, der im Allgemeinen unter den Arbeitern herrscht und gerade in dieser Zeit besonders herrschen soll, desto mehr werden sie Veranlassung finden, die Sache in diesem Falle so sehr zu beschleunigen, wie es irgend möglich ist.

Ich glaube, die verbündeten Regierungen hätten alle Veranlassung gehabt, da ihnen die Verhältnisse doch näher bekannt sein müßten gerade auf diesem Gebiete hervortreten, als den Antragstellern und diesem Hause. — Ich glaube, sie hätten viel besser daran gethan, ihrerseits diesen Antrag selbst zu bringen. Sie werden das hofentlich erkennen und werden nun auch eine mögliche Beschleunigung walden lassen bei Vorlage des von uns gewünschten Gesetzentwurfs. Ich nehme auch an, daß der Gesetzentwurf den verbündeten Regierungen nicht sehr große Schwierigkeiten machen wird, und die Schwierigkeiten dem Hause noch geringer sein werden. Ich freue mich, daß hier im Hause keiner sich bis jetzt ausgesprochen hat gegen den Antrag, der von der Budgetkommission gestellt ist, und ich empfehle Ihnen einstimmige Annahme desselben.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Graf von Behr-Behrenhoff.

Abgeordneter Graf von Behr-Behrenhoff (freisinnig): Meine Herren, nur einige Worte. Ich habe mich in der ersten Lesung bereits für die Tendenz des Antrages ausgesprochen, und in Folge dessen haben wir für die Ueberweisung an die Kommission gestimmt; wir werden auch heute für die Resolution stimmen, da wir das Gute und Wünschenswerthe darin ganz und voll anerkennen.

Meine Herren, der letzte Herr Redner hat nun bemängelt, daß hier bei einem nicht so stark besetzten Hause die Sache debattirt werde, und er hat damit geschlossen, daß er sagte, er hoffe, wir würden den Antrag einstimmig annehmen. Diesen Wunsch habe ich auch, und bei einer so großen Uebereinstimmung im Hause glaube ich, ist es gleichgültig, ob das Haus voll oder etwas geringer besetzt ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Saldern-Hilmb.

Abgeordneter von Saldern-Hilmb (deutsch-conservativ): Meine Herren, als der Antrag von den Herren Sozialdemokraten zuerst gestellt wurde, schickte ich auf dieser Seite des Hauses (rechts) ein gewisses Mißverständnis ein: man glaubte, daß nicht bloß die Reserve- und Landwehrtroop damit gemeint wären, sondern auch die Ersatzreserve. Die Ersatzreserven sind ja aber in einem ganz anderen Verhältnis, als die Landwehrtroop.

Papier gewickelt, diverse Semmeln hervor, die sich Schulze für den Rückweg mitgenommen hatte? — „Nache ist süß,“ dachte der Kalkulator, und unter irgend einem Vorwande erhob er sich und schritt mit einem kleinen Umwege zur Thür hinaus, draußen die Bröckchen, welche er beim Vorübergehen gewandt aus dem Rock genommen, in aller Eile verspeisend. Im Geiste malte er sich den Kerger seines Freundes aus, der auf der Heimfahrt hungrig wird, die Semmeln sucht und nichts findet. Mit unbefangener Gesicht nahm er an dem Tisch seinen alten Platz wieder ein.

Der Steuerinspektor hatte jedoch den Dieb durch einen an der Wand hängenden Spiegel bemerkt und vernagt licherte er im Stillen: „Warte, Freundchen, das sollst Du tüchtig büßen!“

Als bald dachte man an den Ausbruch, der Kalkulator mahnte zuerst daran. Schulze war damit einverstanden. „Du mußt aber noch einen Augenblick hier bleiben,“ sagte er zu dem sich erhebenden Hänichen, „ich muß noch rasch einen kleinen Gang machen, nur bis zu meinem Vetter nebenan. Ich will ihm die Semmeln mit Strychnin bringen, um die er mich, da er so viel Ratten im Haus hat, gebeten.“

Der Kalkulator stand leichenblass da und stierte dem Freunde nach. Sein Gesicht war aschfaß geworden, die Hände und Füße zitterten und aus allen Poren drang der Angstschweiß hervor.

In diesem Momente kam der Steuerinspektor mit scheinbar entsehten Mienen zurück. „Um Gotteswillen,“ jammerte er, „um Gotteswillen — ich Unglücklicher! Die Semmeln sind fort, die Semmeln, die mit Strychnin bestreut — wer sie findet und verzehrt, ist ein Kind des Todes. O, ich Unglücklicher, wenn es die Polizei erfährt...“

Der Kalkulator vermochte sich nicht mehr gefreut zu erhalten, seine Beine glitten unter seinem Körper fort und schwerfällig fiel er auf den Stuhl nieder. Str. — Strychnin — Gift — ge — geessen — stammelte er mit gebrochener Stimme.

„Unglücklicher — Du?“ — rief Schulze. „Gibt, — Strychnin —“ hauchte der Kalkulator. „Herr Wirth, rasch ein Glas Wasser, mein Freund...“ „Einen A — Arzt, — schnell einen...“ Hänichen konnte vor Aufregung keinen Laut mehr hervorbringen, wie tot schloß er die Augen.

Die wenigen Gäste hatten sich um die Gruppe versammelt. „Einen Arzt, holt einen Arzt“, riefen sie durch-einander.

„Wir haben ja keinen Arzt in unserem Flecken“ warf der Wirth kleinlaut ein.

„Doch ist ein Arzt da“, unterbrach ihn seine Gattin, „drüben bei Pastors fuhr vor einer Viertelstunde der junge Doktor Wolff aus Neustadt vor, das kleine Lieschen ist ja krank.“

Der Steuerinspektor stürzte zur Thür hinaus; ihm selbst that jetzt der Scherz leid, aber nun durfte er auch nicht seine Schuld eingestehen. Beim Pastor fand er noch den Arzt vor, unterwegs erzählte er ihm den Vorfall und mußte ernste Worte dafür hören; dann nahm aber Doktor Wolff das Ganze als lustigen Studentenstreich auf, aber plötzlich durch-zuckte ihn ein Gedanke: — was hatte doch Hänichen zu ihm beim Abschied gesagt von Lebensrettung und dergleichen? — und ein freudiges Lächeln überflog sein Antlitz. Mit desto ernsterem Gesicht trat er zu dem Kalkulator, der sich bereits dem Tode nahe fühlte, hin, und der ihm wehmüthig die Hand entgegenstreckte.

„Mit mir — gehts zu Ende — lieber — Doktor —“ stöhnte er angstvoll, „ist denn — Stry — Stry — Strychnin — ein Schättelein überfiel ihn bei dem Namen — „unde — unbedingt tödtlich?“

„O nein“, erwiderte Doktor Wolff, der selbst innerlich über seinen Auspruch lachte, „wenn sogleich von einem tüchtigen Arzte“, er betonte abthätlich dieses Wort, „die nöthigen Mittel angewendet werden, ist noch Rettung möglich. Rasch, Frau Wirthin, eine Schüssel Milch, und dies Rezept (es war die Forderung eines Brausepulvers) lassen Sie sofort in der Apotheke bereiten.“

leute; sie haben eine längere Zeit abzugeben, als diejenige die ihre 3 Jahre abgeben müssen, und sie sind größte- theil nicht verbeiratet. Deshalb konnten wir nicht anerkennen, daß für diese Klasse von Soldaten die beantragte Unterstützung notwendig wäre. Von dem Augenblicke an, als sich das Mißverständnis geklärt hatte, als sich herausstellte, daß der Antrag nur auf die Reserve- und Landwehrtroop betraf, ist er auch von unserer Seite mit den bestmöglichen Sympathien entgegengenommen worden, und wir haben auch in der Kommission diesen Sympathien Ausdruck gegeben. Wir wollen den Familien der Reservisten und Landwehrtroop diese Unterstützung, wenn sie derselben bedürftig sein werden, gern gewähren.

Bedenklich war es nur, die Sache so schnell in der Welt zu setzen, wie die Herren es wünschen, weil jedoch auch die finanzielle Seite hier in Betracht kommen mußte und zweitens langgestellt werden müßte, wer denn eigentlich verpflichtet werden sollte, die Unterstützungen zu gewähren. Bei den diesbezüglichen Besprechungen erschien es am besten, daß ein Gesetz darüber erlassen werden solle, und auch wenn es sehr freudig anerkannt, wenn dieses Gesetz so bald als möglich erlassen werden könnte. Wir glauben, daß die Regierung, wenn sie sich davon überzeugt hat, daß die Unterstützungen notwendig sind, und wenn sie über die thatsächlichen Bedürfnisse des Bedürfnisses, über den Betrag der Auszahlung u. s. w. klar geworden ist, sehr bald einen solchen Gesetz zustimmen wird.

Wir werden diesem Kommissionsbeschlusse jedenfalls zustimmen.

Präsident: Das Wort wird nicht mehr verlangt; Diskussion ist geschlossen.

Der Herr Referent hat das Schluswort.

Berichterstatter Abgeordneter v. Köller: Meine Herren, es ist ja eine sehr angenehme Aufgabe, einen Kommissionsbeschlusse zu vertheiligen, der gar nicht angegriffen ist. Der Kommissionsbeschlusse wird wahrscheinlich nach den Gesetzen, die wir gehört haben, einstimmig angenommen werden, da ja alle Redner sich mit dem Antrage der Herren Sozialdemokraten vollständig einverstanden erklärt haben. Ich habe das Wort noch einmal genommen, um auf die Bemerkung des Herrn Abgeordneten Haarmann zurückzukommen, was er sagte, daß in erster Lesung der Abgeordnete von Köller bin ich nämlich —

(Weiterleit)

gesagt habe, daß dieser Antrag gewissermaßen nur einen Vorantrag gewesen wäre. Ich habe heute schon in Referat erwähnt — ich weiß nicht, ob es der Herr Abgeordnete Haarmann überdacht hat — daß ich bei meinen Ausführungen — auch mein Freund Herr von Saldern hat das soeben erklärt — von ganz falschen Voraussetzungen ausgegangen. Das habe ich gestern in der Kommission erklärt, wo Herr Saldern mich bezeugen wird, und ich bin sehr angenehm den Antrag eingeleitet, wie es meine Pflicht und Schuld war, und wie es bei uns, die wir immer für die Reservisten und Landwehrtroop eintreten, auch nicht anders sein konnte.

Ich bitte, den Antrag Harn, welcher zurückgezogen nicht mehr anzunehmen, sondern den Antrag der Kommission anzunehmen, zu einer persönlichen Bemerkung zuzugang auf die Ausführungen des Herr Referenten hat das Wort der Herr Abgeordnete Dr. Haarmann.

Abgeordneter Dr. Haarmann: Ich bedauere, noch im Hause anwesend gewesen zu sein, als Herr von Köller seine Erklärung hier abgegeben hat.

Präsident: Meine Herren, der Antrag der Abgeordneten Harn und Genossen ist zurückgezogen; die Abstimmung über denselben bedarf es daher nicht.

Die Resolution und über den zu derselben gestellten Antrag des Herrn Abgeordneten Saldern wird, dem stehenden Beschlusse gemäß, in der dritten Lesung abgelehrt werden.

Lokales.

Eins der seltensten Feste, das 50 jährige Jubiläum beging am Sonnabend der dem Töpferwerk-Ruhm in Konstitution stehende Beselle Buchwald. Am Morgen erschien in der Wohnung des Jubilars ein 30 Mann bestehendes Musikorchester und brachte dem Jubilar ein Ständchen dar. Als dann erschienen die Kollegen und reichten ein Sparfassenbuch über 150 Mark, während Meister, Herr Ruhm, seinem treuen Arbeiter einen kleinen Sidel mit Aßeinem Deckel, sowie ein namhaftes Geldgesandte überreichte. Ferner gab Herr Ruhm zu Ehren des Tages Vormittag ein Festessen, an welchem auch sämtliche Kollegen des V. theilnahmen. Am Nachmittag überreichte der Jubilar dem Jubilar eine Erinnerungsmedaillen. Er sprach ihn noch einmal los, wodurch Buchwald wieder gefeiert wurde. Am Abend hatten die Kollegen dem Jubilar in dem Festsaale des Innungsbaues, Landwehrstraße, ein Festessen mit darauffolgendem Tanz arrangirt, welcher am Sonntag Morgen sein Ende fand. Der Jubilar selbst seit langen Jahren erblindete Frau befinden sich in

Die Milch wurde gebracht und begierig, wie in seinem Leben, trank der Kalkulator die ganze Schüssel mit wenigen hastigen Bissen aus.

„Nicht wahr, das thut wohl? — Fühlen Sie sich schon etwas besser?“ fragte der Arzt.

„O ja, — der Krampf hat — nachgelassen, — die schweren — aus den Füßen — ist schon etwas verschwunden.“

„Nehmen Sie nun dies Pulver“, er schüttelte aus der Apotheke geholte Brausepulver in ein Glas Wasser und reichte es dem Kalkulator.

„O wie das lindert! — Herr Doktor, — lieber Doktor, — wie soll ich Ihnen danken!“

„Ruhe, Ruhe, Herr Kalkulator, trinken Sie noch diese Tasse heiße Milch; zeigen sie einmal den Puls, wenn ich gut, die Zunge — auch gut, nun gehen Sie langsam im Zimmer auf und ab.“

Hänichen that, wie ihm der Arzt befohlen; der Steuerinspektor unterstützte ihn. Nach einigen Minuten ließ der Kalkulator im Stuhl wieder nieder. Der Doktor fühlte von Neuem den Puls. „Na“, meinte er beruhigend, „die Krisis war ja glücklich überwunden.“

Der Kalkulator blickte ihn suchten Auges an. „Lieber Doktor“, sagte er mit bewegter Stimme, „wie kann ich Ihnen danken — Sie sind mein Lebensretter — aber das Liebste, was ich habe, sollen Sie dafür erhalten, meine Tochter, machen Sie sie glücklich!“ gerührt er dem jungen Arzt die Hand entgegen.

Der schlug freudig ein und frohlockend rief er: „Wirth, zehn Flaschen vom Besten, meine Herren, Sie trinken wohl mit ein Glas auf das Wohl des glücklichen Brautpaars.“

Der Kalkulator hat bis heute noch nicht den Versuch erfahren, den man ihm gespielt, denn als kürzlich die Tochter seines ersten Enkels war und man bei Tische saß, tritt, was einst der kleine Bursche werden sollte, sagt mit der Stimme eines Diktators: „Der Junge? — Der Junge wird natürlich — Arzt!“

guten Verhältnissen, so daß die ihnen bereiten Ueberraschungen eine doppelt freundliche Aufnahme fanden.

Auch nicht übel. Nicht nur um seine Braut zu kommen, sondern auch noch von dem Entführer gemißhandelt zu werden — dieses Malheur sollte dem Schläßlergesellen F. beschiden sein. Er hatte ein Liebesverhältniß mit einem jungen Mädchen, welches in der Rotbusestraße wohnt und für die er den Unterhalt bestreift. Der Wirth des Mädchens hatte nun ein Auge auf die letzte geworfen und sah es daher ungern, wenn der Schläßler seine Braut in deren Wohnung einen Besuch abstattete. Er hatte sich schließlich vorgenommen, dem Besuchen den Zutritt zur Wohnung gänzlich zu verbieten, und führte auch das Vorhaben am Sonntag Abend aus. Da wurde der Schläßler gefaßt, der die Wohnung betrat, so stürzte sich der Wirth des Mädchens auf F. und versetzte diesem mit einem Stück starken Bretts mehrere wüthliche Hiebe auf den Kopf, so daß er unter anderem eine 9 Centimeter lange Wunde davontrug, welche den Schädelknochen durchdrang. Dem Schläßler wurde die erforderliche ärztliche Hilfe in der Sanitätswoche in der Adalbertstraße zu Theil.

Von zwei Schulpöken und fünf Zivildivisionen getreten, wurde gestern Mittag ein schwerkranker Mann nach der Sanitätswoche in der Adalbertstraße gebracht. Derselbe, ein in der Naunynstr. 72 wohnender Arbeiter K., wurde von Schulpöken vor einem Hause der Naunynstraße mit einer fliegenden Wunde am Hinterkopf desinnungslos liegend beschlagen. K. hatte die ganze Nacht durchgearbeitet und ist anscheinend in einem Anfall von Kurzsichtigkeit gestorben, wodurch er sich die Verletzungen zugezogen hat. Nach Anlegung eines Nothverbandes wurde er nach dem Krankenhaus befördert.

Die hier erscheinende „Volk-Zeitung“ wird, wie der Reichsboten Fig. 4 aus St. Petersburg mitgetheilt wird, auf Veranlassung des Ministers des Innern vom 1. April d. J. ab für Rußland verboten.

Zwei ehrliche Forderungen. Durch Säulen-Anschlag war gestern Mittag ein Brief, 2800 R. enthaltend, auf dem Wege von der Börse zum Postamt auf dem Haderischen Markt verloren gegangen. Dieser Brief ist, wie uns berichtet wird, bereits am Sonntag Abend von zwei Zeitungsjungen (Frau Saal, in der Naunynstr. 32 Frau Döring, Beteranenstr. 21) an der Ecke der Großen Bräunerstraße gefunden und das Geld bereits im Laufe des Montags dem Besitzer zugestellt worden. Den beiden Forderungen wurde eine Belohnung von 200 R. ausbezahlt.

Gemäß den Verordnungen der Kaiserlichen Gesundheitsämter sind in der Zeit vom 17. bis 23. Januar 1886 von je 1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 22,3, in Breslau 28,9, in Königsberg 30,7, in Köln 22,6, in Frankfurt a. M. 21,9, in Wiesbaden 13,1, in Hannover 21,5, in Rassel 26,0, in Magdeburg 21,3, in Slettin 20,4, in Altona 31,4, in Straßburg 21,1, in Reg. 21,2, in München 23,8, in Nürnberg 25,1, in Augsburg 25,2, in Dresden 27,7, in Leipzig 26,9, in Stuttgart 18,5, in Karlsruhe 17,0, in Braunschweig 25,0, in Hamburg 27,5, in Wien 27,1, in Budapest 32,5, in Prag 36,4, in Triest 35,9, in Athen 25,3, in Basel 17,0, in Brüssel 31,1, in Amsterdam —, in Paris 27,3, in London 21,9, in Glasgow 29,9, in Liverpool 26,3, in Dublin 29,6, in Edinburgh 27,3, in Kopenhagen 16,2, in Stockholm 25,5, in Christiania 27,3, in Petersburg 33,1, in Warschau 34,1, in Odessa 34,8, in Rom 28,9, in Linn 28,6, in Venedig 36,2, in Madrid —, in Alexandria —. Ferner in der Zeit vom 27. Decbr. a. pr. bis 2. Januar cr. in New-York 24,5, in Philadelphia 21,4, in Baltimore 17,2, in San Francisco 23,1, in Kaliffa 32,8, in Bombay 24,6, in Madras 39,8. Die Sterblichkeit hat in der Berichtswache in den meisten Großstädten Europas etwas abgenommen. Von den deutschen Städten melden die nord- und westdeutschen Städte meist etwas kleinere, die mittel- und norddeutschen dagegen etwas größere Sterblichkeitsziffern. Insbesondere zeigt sich, namentlich in den süddeutschen Städten, wieder eine Abnahme der Todesfälle an akuten entzündlichen Krankheiten der Athmungsorgane, während Darmstärche und durch die Abnahme in etwas vermehrter Zahl auftraten. Im Allgemeinen war die Theilnahme des Säuglingsalters an der Sterblichkeit eine geringere, wiewohl in Berlin eine etwas größere. (Von 10 000 Lebenden starb hier, auf's Jahr berechnet, 63 Säuglinge, in der Vorwoche 54.)

Unter den Todesursachen haben von den Infektionskrankheiten Kinderdiphtherie ein wenig, Rachen- und Keuchhusten erheblicher abgenommen, während Scharlach, Diphtherie, typhöse Fieber und Eiter etwas mehr Todesfälle als in der Vorwoche veranlaßten. Neben Eiter als Rachen waren in Berlin, Duisburg, Paris, London seltener, in Budapest, Liverpool, St. Petersburg, Wien häufiger. In sehr bedeutender Ausdehnung herrichten Rachen- und Keuchhusten in Königsberg i. Pr., wo sie in der Berichtswache 1290 Erkrankungen und 77 Todesfälle hervorriefen. Das Scharlachfieber hat in Altona, Hamburg, Dresden, Christiania, St. Petersburg etwas mehr, in Berlin und London etwas weniger Todesfälle bedingt. Die Sterblichkeit an Diphtherie und Keuchhusten war in Berlin, Dortmund, Dresden, Leipzig, Altona, Paris, Warschau, Glogow, Turin eine größere, als in Bremen, Braunschweig, Hannover siegte die Zahl der Opfer, während sie in Altona, Hamburg, Breslau, Königsberg, München, Wien, Budapest, Christiania, London, St. Petersburg eine kleinere wurde. Die Zahl der Todesfälle an Keuchhusten war in London, Dublin, Liverpool, Warschau eine etwas geringere, in Berlin eine größere als in der Vorwoche; auch in Hamburg sind Erkrankungen an Keuchhusten noch immer zahlreich. Todesfälle an typhösen Fiebern waren in Berlin, Liverpool, St. Petersburg, Warschau etwas häufiger, in Hamburg, London, Paris etwas seltener als in der Vorwoche; im Allgemeinen blieb das Auftreten des Unwohlseins in den deutschen Städten ein beschränktes. Aus Wien, Warschau und St. Petersburg wurde je ein Todesfall, aus den Regierungsbezirken Aachen und Marimwerden je 4, aus St. Petersburg 2 Erkrankungen an Flecktyphus gemeldet. In St. Petersburg waren auch Erkrankungen an Rückfallfiebern nicht selten, die Zahl der Todesfälle daran sank auf 2. — Im Kreise Helligenberg (Regierungsbezirk Königsberg) erkrankten 2 Arbeiter am Milzbrand. — Todesfälle an Hunden kamen wieder etwas zahlreicher zur Mittheilung und zwar aus Wien, Budapest, Venedig, Zürich, Paris, Odessa, Rom; aus Gens und Linn kam je ein, aus Liverpool und Warschau je 3 Todesfälle zur Meldung. Eine Erkrankung an Hunden wurde aus Berlin, je zwei aus Breslau und London gemeldet. St. Petersburg berichtet; in Wien und Budapest blieb die Zahl der Erkrankungen noch immer eine größere. Im Departement Finistère (Frankreich) zeigten sich in der Zeit vom 8. bis 15. Januar noch immer Cholerafälle. Aus Audierne wurden aus der angegebenen Zeit 8 Erkrankungen mit 1, aus Douarnez 47 Erkrankungen mit 10 Todesfällen gemeldet.

Gerichts-Zeitung.

P. ph. Vor dem Schwurgericht des Königl. Landgerichts II. erlichen gestern wegen wissenschaftlichen Meineides an die Kammerjungfer von der Ehe aus Charlottenburg. Dr. Schwolländer angestellt gewesenem Kochfrau wegen räuberischen Lohnes angestiftet, war die Angeklagte vor dem Landgerichte in Charlottenburg als Zeugin vernommen worden. Ueber den streitigen Punkt, die Abmachungen über die Klüftung der Angeklagten ferner Engagement, hatte die Angeklagte eine Aussage abgegeben, welche im gegenwärtigen Wirthschaftsbericht zu den Aussagen anderer Zeugen stand. Darauf stützt sich die Anklage. Nach umfangreicher Beweis-

aufnahme im gestrigen Audienz-Termin gaben die Geschworenen ihr Verdict auf „Nichtschuldig“ lautend ab. — Das Urtheil des Gerichtshofes lautete daher auf Freisprechung.

„Wie ist der Kude, der Se mit in aller Herrjottsfriede durch 'n Schwamm spünnen lassen“, äußert sich der Drehorgel-spieler Emil Dreyfuß in unzufriedenem Tone von der Anklagebank des Schöffengerichts aus.

Vorl.: Das haben Sie sich selbst zuzuschreiben. Sie sind zum vorigen Termine nicht erschienen, trotzdem Sie ritz geladen waren. — Angekl.: Rite? Was ist Rite? Den Mann lenne id nich.

Vorl.: Sie sind wieder einmal der vorsätzlichen Körperverletzung mittelst eines gefährlichen Werkzeuges angeklagt; am 17. September sollen Sie dem Bierzewirth Meyer mit der Kurbel Ihrer Drehorgel zwei Vorderzähne eingeschlagen haben. Er hat Sie vom Hofe gewiesen, auf dem das Raufzigen verboten ist; ist es nicht so? — Angekl.: Nee, int jüngste jantich, det was janz anders. Wat so 'n Biezepel sich heutzutage einbilden dacht, det id nich uf 'ne Kuhhaut zu schreiben; det kann nich lesen un nich beten un hat jenuing mit Willkürzähnen un Strafzähnen zu dhun, wo er von 'n Wirth 'n paar Froschen vor kriegen dhut, und dabei spielt er den Brantfäden un will anständige Peite in ihren Broterwerb führen. Wenn 't nach mir jinge...

Vorl.: Nun, hören Sie mal, glauben Sie, daß Sie uns hier Vorlesungen über die Bierzewirthe halten sollen? Bleiben Sie gefälligst bei der Sache, und erzählen Sie, wie sich nach Ihrer Idee der Vorfall abgespielt hat. Die Wahrheit werden Sie uns natürlich nicht sagen; aber wir haben ja hier die Zeugen. — Angekl.: De Feien? Da were id woll nich allzu stille druf jeben; warum find denn meine Feien nich vorjladen worden, wo id elf Stück anjefehen hatte, wat mehrstendels anständige Köchinne von de Herrschaften in detselbjitte Haus sind?

Vorl.: Wir haben außer dem Bierzewirth einen gänzlich unparteiischen Zeugen, und das genügt. Aber jetzt vorwärts, oder ich beginne gleich mit der Zeugenernehmung. — Angekl.: Bei unserm fortgeschrittenen Zeitalter muß det natürlich allens mit 'ne gewisse Wuptrigkeit jehn, heutzutage kann eener det janz jut erleben, det er kriechmorsens jfteriert, zum Krchtidk verurtheilt un detselbjitten Mittag resjulid insjespant wird. Id muß mir hier doch verdindere jönnen? Natürlich, 'n studirtes Rechts-Anwalt, der sich mit allerlei Handbewejungen un jufjeses Baratspaphen in 'j Feig schweifen dhut, kann sich 'n armer Derselbjitte nich leisten, id muß det schonsiten alleene besorgen.

Vorl.: Angeklagter, wenn Sie sich hier unpassend benehmen, können Sie es allerdings erleben, daß ich Sie sofort in Haft nehmen lasse. Gewiß dürfen Sie sich verheißigen; aber jetzt zum letzten Male, kommen Sie zur Sache. — Angekl.: Id jeh e also detselbjitten Morjn mein Jwerbe nach un ärjete mir über de Biezewirthe, die ja weiter nicht können, als de Peite jandieren. In det Haus in de Solmsstraße hatte id 'ne jute Kundenschaft; denn id wußte, det da zwoe Köchinne zuejogen waren, die mir friehier immer wat in Papier jewidelt un runterjeworfen hatten. Na, id schreibte mir denn mit mein Instrument uf 'n Hof un lese los, erst mit 'n Nanowalzer. Id ließe uf an de Fenster; ober leich Mensch lieh sich wat merken. Na, denke id, denn wichte schon jingen müssen. Un id stelle ihr uf: Dir hat een scheener Stern jestralt! un lese mit 'ne anständige Rahjimme los. Un det soll mir leener nich streiten, det 'n anständiger Waj besser ist als 'n dinner Tenor. Id hatte den erschten Bers runner un war trabe bei 'n zweeten angefangen, da jungens ooch schon eenje Fenster uf, un de leenen Hädlein kommen uf 'n Hof jeslogen. Id lieh ihr aber natürlich alle liejen un behielt ihr bloß in 'j Doge, indem id mir bei 'j Singen doch nich fördern lassen kann. Mit een Mal jung et slapp, klapp die Treppe runner un uf 'n Hof. Donnerwetter, denke id so bei meinem Jelang, un wird de Jeshichte erst jengerig. Richtig, id war der Biezewirthe. „Haben Se denn det Schild in 'n Hausflur nich jesehen?“ schreit er mir an. Id schüttle natürlich dloß mit 'n Kopf, indem id mitten in 'n Wers war. „Wollen Se sich sofort von Hof runner jehren?“ ruft er wieder. Id schüttle nochmal mit 'n Kopf un jinge derbe weiter.

Vorl.: Angeklagter, fassen Sie sich kürzer, oder ich entsetze Ihnen das Wort. — Angeklagter: Also mit een Mal kriegt er mir an'm Arm zu packen, wo id mit dreien dhue, un wenn id mir von so'n Kasper nich will mein Instrument verunjerieren lassen, denn muß id schon stille halten. Id war aber einmal so in 'n Schwung, det de olle Kurbel, als id ihr loshatte, noch so 'ne Schwurung in de Luft machen dhut, un mit een Mal traf det eene Ende jenen wat Partel, un wat mein Biezewirthe, der jreit sich mit beide Hände an seinen Sehenschesmus un dhut, als wenn ihn Wunder wat jesehen were, wo doch bloß de Kurbel ihn een bialten det Jeshichte jeschrammt hatte. Wat drauchte er de Rife ooch so dichte an's Ding ranzuhalten.

Vorl.: Sie haben ihm zwei Vorderzähne eingeschlagen. — Angekl.: Det will id nich streiten, un det mag ja ooch nich sehr scheene jehban haben; aber de oewen, wenn er de andern man noch alle hat, da kann er noch jeniejend mit bejhen. Id muß mir mit weniger bejehen.

Vorl.: Wir werden Ihnen die Rohheit schon eintränken. — Angekl.: Wer will mir denn Feien bringen, det id ih mit Willen jetroffen habe? Id habe meine elf reelle Feien vor, det er mir juerst an 'n Arm jefast hat.

Vorl.: Das mag sein. Wie endeke denn nun der Streit? — Angekl.: Mit det Singen war det natürlich vorbei, un id blickte mir nu um un juch uf 'n Hof rum nach alle de leenen Beiträje, un wie id mir so dicke, kommt der Biezewirthe so janz vertrauensvoll un ohne Ahnung un stößt mir von hinten in 'n Rücken, det id lang hinschlage un mir hier an 't rechte Doge beinahe lebensjefährlich verlegt hätte. Un denn looft er noch schnell raus un holt mir 'n Schwamm, der mir arretieren sollte. — Der verlegte Biezewirthe zeigt zwar ein tadellofes Vordergebil, holt aber auf die Frage des Präsidenten, ob ihm denn nicht zwei Zähne ausgeschlagen worden wären, eine kleine Schachtel aus der Westentasche, öffnet dieselbe und zeigt mit vieljlegendem Blick auf den Inhalt: „Id habe mir neue machen lassen müssen, die mir das Stück 4 1/2 Thaler kosten; aber über die Natur geht doch nichts.“

Angekl.: Nu seh' eener so 'n Biezewirthe an, sojar so eener drägt falsche Zähne.

Vorl.: Jetzt haben Sie den Mund zu halten. Die Beweisaufnahme unterstützt den Einwand des Angeklagten, daß hier ein Versehen vorliegt, keineswegs, und der Gerichtshof ändert die grobe Handlung mit einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen.

Vereine und Versammlungen.

be. Gegen das Branntweinmonopol nahm die große Volksversammlung Stellung, die von ca. 2000 Personen besucht, unter Vorsitz des Stadtverordneten Herrn Herold am Montag, den 1. d. M. in Sanssouci, Rotbusestr. 4a, stattfand. Der Reichstagsabgeordnete Herr Singer hatte das Referat übernommen. Es habe an der Vorlage überrascht, daß sie nicht sachmännischen Kreisen zur Vorberathung überwiesen worden sei, daß die Regierung also den sonst gern gewählten Weg verlassen habe. Auch eine Enquete sei nicht veranstaltet worden. Als die Öffentlichkeit von dem Branntweinmonopol projekt der Regierung etwas erfuhr, hätte sich sofort eine Stimmung dagegen geltend gemacht, so daß die konservative Presse eine Zeit lang die Absicht der Regierung vollständig in

Abrede stellte. Seit Dezember v. J. sei die Sache offenkundig, sei die Vorlage bekannt geworden. Es wäre nun überhaupt worden, die sozialdemokratische Partei müsse der Monopolvorlage günstig gestimmt sein, weil der Befehrwurf etwas sozialistisches an sich habe. Mit dem Gedanken sympathisire die Partei allerdings, daß der Staat in seiner Gesamtheit die Stelle der Privatindustrie zu setzen sei. Soweit in einem Monopol dieser sozialistische Gedanke enthalten sei, könne man ihm zustimmen, z. B. der Verstaatlichung der Eisenbahnen. Die Thatsache, daß durch Einführung des Monopols einer Anzahl von Brennereien die Fabrikation des Schnapses aus der Hand genommen würde, könne also nicht zurücktreten und in dieser Auffassung welche die Arbeiterpartei von den übrigen Gegnern des Monopols ab. Zu Gunsten der Gesamtheit kann der Einzelne expropiirt werden. Der Herr Reichstagsabgeordnete habe in der Plenardebatte ja ein leuchtendes Beispiel für diesen Grundsatz aufgestellt, indem er die Expropriation eines ganzen Volkstammes vorgeschlagen (weiterleitet). Dem im Monopol liegenden richtigen Prinzip würden die Sozialdemokraten nicht widersprechen, wenn die Erträge des Monopols zu Ausgaben verwendet würden, deren Nothwendigkeit längst erwiesen sei. Aber nur rein fiskalischen Zwecken solle das Branntweinmonopol dienen und wenn auch in den Nationen gesagt werde, daß die Erträge den Einzelstaaten zur Entlastung der Kommunen überwiesen werden sollen, so sei doch sicher anzunehmen, daß die Erträge allein den Ausgaben für den die Kräfte des Volkes immer mehr erschöpfenden Militarismus dienen würden. (Bravo.) Außerdem zahle der Staat in denselben Etablissements, die er jetzt schon besäße, in den Eisenbahnenstationen, in den Gemeinschaftlichen, den Bäckern, den Arbeitern durchaus nicht höhere Löhne, als die Privatindustrie, mit der er unter der herrschenden Produktionsweise konkurriren müsse. Wirklichen Nutzen vom Monopol hätten allein die Großbrenner und Großgrundbesitzer auf Kosten des konsumirenden Publikums. Wer erinnere sich nicht noch der begeisterten und begehrten Reden, die der Reichstagsabgeordnete seiner Zeit im Reichstage zum Schutz der Pfeife Tabak und des Gläsernen Schnaps des armen Mannes gehalten habe. Bei der Agitation gegen das Branntweinmonopol wird man die schwerwiegendsten Gründe gegen eine Vertheuerung des Schnapses in den damaligen Reden des Reichstagsabgeordneten finden. Die 3000 Großgrundbesitzer, die Brennereien haben, erfahren eine Steigerung ihrer Einnahmen um 45 pCt., die Reichskasse will 300 Millionen R. verdienen, der ganze Mehrbetrag muß also von den Konsumenten, d. h. von den armen Leuten, gezahlt werden. An der Art, wie der Entwurf die Entschädigungen für die 230 000 Inhaber von Schnapsstillen und Wirthschaften, in denen auch Schnaps geschenkt werde, festsetze, könne man lernen, wie der Staat Leute entschädige, denen er die Existenz vernichtet. Wenn wir einmal Expropriations-Befehrwürfe einbringen werden, würden wir wohl höhere Entschädigungen zahlen. Wohl habe die Gesamtheit das Recht, von den Einzelnen Opfer zu verlangen, hier aber werde zu viel verlangt. Nicht neue Beschränkung des Schnapsgenusses, wie die Motive versprechen, sondern eine Vermehrung würde die Folge sein. Die kaiserlich deutschen Branntweinverschleiser seien der Vorlage nach auf Lantien angewiesen, sie würden also ein begriffliches Interesse haben, viel Schnaps los zu werden. Ebenso würde die Reichskasse noch höhere Erträge zu erzielen suchen. Die bedeutungsvollste Seite der Frage sei die politische. Der § 28 des Entwurfes besage, daß die Landesverwaltungen mit der Verwaltung der Branntweinsteuer den Gemeindefürsorge den Verkauf von Branntwein ohne Beschränkung des Preises gestatten können. Die Folge würde sein, daß sich solch offizielle Wahlagitationen im Deutschen Reich bilden würden, als es Schnapsstillen gibt. (Lebhafter Beifall.) Man habe keine Veranlassung, das Heer der Abhängigen zu vermehren, wenn man wisse, mit welchem Hochdruck jetzt schon Landräthe und Gendarmen bei den Wahlen arbeiteten. Niemand, der für Erweiterung der Rechte des Volkes eintrete, könne dem Branntweinmonopol zustimmen. (Beifall.) Der Reichstag würde, wenn er zustimme, sein eigenes Todesurtheil schreiben, er könnte ruhig nach Hause gehen. (Lebhafter Beifall.) Man solle nicht meinen, daß das Reich durch die 300 Millionen sich veranlaßt sehen würde, die direkten Steuern zu ermäßigen; wolle man den Wohlstand des Volkes fördern, so schaffe man soziale Reformen, man setze einen Normalarbeitstag fest u. s. w.

Durch das Branntweinmonopol aber, so etwa schloß der Redner, erreicht man nur, daß man den Reichthum der Reichthümer ungehäht Gold in den Schoß wirft und der politischen Freiheit des Volkes das Grab gräbt. Zu einem solchen Gejeh, schließt Redner, werden wir niemals unsere Zustimmung geben. (Wiederholter kühner Beifall.) — In der Diskussion sprach der Tischler Herr Volbert sich im Sinne des Referenten aus. Mit Hochrufen auf Herrn Singer wurde die Versammlung geschlossen. — Für die streikenden Nordbayer wurde eine Zersammlung vorgenommen.

Die Zimmerleute des Sädens von Berlin und Umgebung hielten am Sonntag Vormittag bei Bielefeld, in der Hagenhaide 36b, unter dem Vorsitze des Herrn Seigt, eine Generalsammlung ab, um auch für Berlin 8 einen Lokalverband des Verbandes deutscher Zimmerleute zu gründen. Die Versammlung war von ca. 300 Theilnehmern besucht und beschäftigte sich zunächst mit der Stellungnahme zu den bekannten Beschlüssen der Berliner Zimmerleute, bezüglich ihrer Forderungen eines Stundenlohnes von 50 Pf. und einer neunundzwanzigstündigen Arbeitszeit. In seinem Referate wies Herr Seigt auf die unheilvoll gewordene Nothwendigkeit eines allgemeinen Anschlusses aller Berliner Zimmerleute an die Organisation hin, nachdem in der bekanntesten jüngsten Meisterversammlung im Architektenthause sogar die Meister dies als unethisch und nothwendig bezeichnet hätten, daß alle Meister eine feste Organisation bilden, um durch dieselbe den Bundesmeistern, welche die Gesehensforderungen bewilligen würden, eine Garantie dafür zu bieten, daß auch die dem Bunde (der Innung) nicht angehörenden Meister und Arbeitgeber den Gesehensforderungen nachkommen. In der darauf folgenden Diskussion sprachen sich alle Redner für die Aufrechterhaltung und energische Durchführung jener Forderungen, gleichwie für den Beitritt aller Berliner Zimmerleute zur Organisation des Verbandes deutscher Zimmerleute aus, worauf die Versammlung einstimmig eine Resolution annahm, durch welche sie sich mit den Beschlüssen der beiden großen Generalsammlungen der Berliner Zimmerleute (im Duggenbagen'schen Saale und in der „Tonhalle“) einverstanden und an denselben festhalten zu wollen erklärte. Hierauf referirte Herr Nitz über die vorzunehmende Gründung eines Lokalverbandes für Berlin 8., worauf die Versammlung nach einer kurzen, dem Referenten durchweg zustimmenden Diskussion demgemäß beschloß und die provisorische Konstitution des neuen Lokalverbandes für Berlin 8. vornahm. Derselben traten sofort über 60 Mitglieder bei. Seine erste Versammlung wird am nächsten Donnerstag, den 4. d. M., bei Ebersbach, Rotbuser Damm 60, stattfinden. Eine große Generalsammlung aller Berliner Zimmerleute wird am Sonntag, den 7. d. M., Vormittags abgehalten und Näheres noch bekannt gemacht werden.

hr. Eine öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen fand am Montag im Luisenstädtischen Konzerthaus unter der Leitung des Herrn Kümpel statt. Als erster Gegenstand stand auf der Tagesordnung: „Der Streik in der Wolther'schen Werkstatt.“ Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

er die öffentliche Versammlung der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen ein, welche auf dem Programm stand, dem Streik in der Wolther'schen Werkstatt. Nachdem der Vorsitzende ein Schreiben des Herrn Wolther vorlesen, in welchem dasselbe unter Hinweis auf seine in Nr. 26 des „Berliner Volksblatt“ abgegebene Erklärung die an ihn ergangene Einladung zu der gegenwärtigen Versammlung ablehnt, leitete

